Die deutsch-französischen Beziehungen in den Jahren 1881–1885

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

genehmigt von der

Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

vorgelegt von

Bernhard Foss

aus Berlin-Steglitz

Tag der Promotion: 10. Mai 1935

Tag der mündlichen Prüfung: 19. Juli 1934

1935

Druck: Triltsch & Huther, Berlin

64

Referenten: Professor F. Hartung.
Professor W. Windelband.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Mit Genehmigung der Hohen Philosophischen Fakultät an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin als Teildruck veröffentlicht. Der Titel der vollständigen Untersuchung lautet: Die deutsch-französischen Beziehungen von 1878—1885.

Meinem lieben Vater.

Übersicht.

Seite

Vorbemerkung 7

Einleitung 9

Die deutsch-französischen Beziehungen in den Jahren 1881—1885 . . . 13

Literaturnachweis 51

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41550815_0069

Vorbemerkung.

Die vorliegende Arbeit gibt als Teildruck einen Ausschnitt aus einer Untersuchung, die sich mit den Beziehungen Deutschlands zu Frankreich während der Jahre 1878—1885 befaßt. Das abgedruckte Kapitel setzt in dem Augenblick ein, als nach dem ersten Erfolg in Tunis die koloniale Betätigung für eine Reihe von Jahren ausschlaggebend für die französische Politik geworden ist. Die Darstellung, die vom Jahre 1881 bis zum Höhepunkt dieser Entwicklung und von da bis zum schließlichen Abbruch dieser Politik führt, faßt die Ergebnisse der vorangegangenen Abschnitte zusammen und beleuchtet die Gründe, weswegen im Gesamtrahmen der deutsch-französischen Beziehungen diese Jahre nur Episode geblieben sind.

Das Material, auf das sich die Arbeit stützt, beruht im wesentlichen auf der französischen Aktenpublikation, die fortlaufend seit dem Jahre 1929 erscheint.[1]) Außerdem ist die Presse der Jahre 1875 bis 1885 herangezogen worden.

Es muß an dieser Stelle noch auf eine amerikanische Dissertation hingewiesen werden, die sich mit derselben Zeit wie die vorliegende Arbeit befaßt hat[2]), die aber bereits vor Erscheinen der französischen Akten veröffentlicht worden ist. Die amerikanische Arbeit läßt in ihrem Aufbau den einheitlichen Zug vermissen, der die französische Kolonialpolitik dieser Jahre bestimmt hat. Es zeigt sich, daß dem Verfasser das rechte Verständnis für die Beurteilung europäischer Geschichtsabläufe gefehlt hat.

---

[1]) Die französischen Akten werden von einer Kommission französischer Historiker und Diplomaten unter Vorsitz des Rektors der Pariser Universität herausgegeben. Sie erscheinen in drei Serien (1871—1900, 1901—1911, 1911—1914). Für die vorliegende Arbeit sind die Bände 1—5 der ersten Serie durchgearbeitet worden, die bis zum Sturz Ferrys (Anfang April 1885) reichen.

[2]) Robert H. Wienefeld: Franco-German Relations 1878—1885, Diss. Baltimore 1929.

Einleitung.

Wenn Frankreich nach der schweren Niederlage im deutsch-französischen Krieg durch eigene Kraftanstrengung in kürzester Zeit in der Lage war, die ihm aus dem Frankfurter Frieden entstandenen Verpflichtungen zu erfüllen, so bedeutet das zwar, daß die Unabhängigkeit des Landes nach außen hin auf diese Weise wieder hergestellt war; es konnte aber nicht heißen, daß gleichzeitig das damalige Frankreich fähig war, seinen Platz als erste Kontinentalmacht, den es vorher innehatte, wieder einzunehmen. Die Tatsache, daß ihm dieser Rang verloren war, und daß für absehbare Zeit nicht daran zu denken war, für die Wiedererwerbung der alten Stellung den Kampf mit der neuen, aus Frankreichs Niedergang unmittelbar emporgestiegenen Großmacht aufnehmen zu können, wirkte stärker als alles andere, was trennend zwischen diese beiden Mächte trat — wie z. B. die Annexion Elsaß-Lothringens durch Deutschland. Beim Studium der französischen Akten erweist es sich immer wieder, daß das allgemeine Ziel der französischen Politik seit 1871 einzig auf eine Entwicklung gerichtet war, die es Frankreich ermöglichen sollte, das Ergebnis des Krieges mit Deutschland auszulöschen: Es mußte gelingen, Deutschland von Neuem auf den Platz politischer Ohnmacht zu verweisen, den es im Rahmen der Gesamtpolitik vorher innegehabt hatte. Erst dann konnte für Frankreich die Möglichkeit des Wiederaufstiegs zu der alten Geltung unter den Mächten gegeben sein.

In Frankreich war man sich vom ersten Tage an bewußt, daß dieses politische Ziel nur erreichbar war, wenn die französische Politik bei den Mächten hinreichende Unterstützung fand. So ging das Streben der französischen Diplomatie darauf aus, mit den nichtdeutschen Großmächten Beziehungen anzuknüpfen. Die Vorbedingungen dazu waren nicht schlecht, da der Aufstieg Deutschlands zur Großmacht von den übrigen Mächten bereits mit Bedenken verfolgt worden war. Eine weitere Steigerung der deutschen Macht aber wünschte keiner dieser Staaten.

In Frankreich erkannte man diese Stimmung der Großmächte ziemlich schnell. Wenn auch die Tatsache lange verbitternd im Lande nachwirkte, daß von den Mächten nichts unternommen worden war, um Frankreich vor seiner schweren Niederlage zu bewahren, so erkannte man doch, daß ein fast allgemeines Interesse vorhanden war, die französische Macht als ein hinreichendes Gegengewicht gegen Deutschland bestehen zu lassen. Den Höhepunkt dieses Zusammenschlusses der Mächte in der Abwehrstellung gegen Deutschland bildete die bekannte Frühjahrskrise des Jahres 1875, die zum ersten Mal die Möglichkeit einer Konstellation aufzeigte, wie sie sich 1914 schließlich verwirklichen sollte.

Wenn es damals gelang, England und Rußland zu einem Einschreiten in Berlin zu veranlassen, so zeigte es sich aber sehr schnell, daß dieser Erfolg der französischen Diplomatie bei der gegebenen Weltlage Frankreich nicht die Aussichten eröffnete, die es sich für die zukünftige Gestaltung der Mächte untereinander erhofft hatte. Der Umstand, daß der Rückschlag — veranlaßt durch die welt-

politische Entwicklung — unmittelbar nach dieser Aktion gegen Deutschland einsetzte, bewirkte, daß die französische Regierung der fast vollkommenen Isolierung gewahr wurde, in der sich Frankreich tatsächlich befand. Diese Erkenntnis mußte außerdem dazu führen, daß sich die französische Staatsleitung schließlich veranlaßt sah, ganz andere Wege als bisher einzuschlagen, um das allgemeine politische Ziel Frankreichs einer Verwirklichung näher zu bringen. Die Gründe, die diese Entwicklung bewirkten, bilden die Voraussetzung für die später einsetzende Kolonialpolitik.

Drei Punkte sind es hauptsächlich, auf die in diesem Zusammenhang hingewiesen werden muß.

Wenn die fremden Mächte der Bildung der deutschen Großmacht unfreundlich gegenüberstanden, so war es ihnen doch unmöglich, etwas gegen Deutschland zu unternehmen, da Bismarck alles vermied, was als Beeinträchtigung von Interessen anderer Mächte aufgefaßt werden konnte. Sie sahen sich vielmehr vor der Notwendigkeit, in ein bestimmtes Verhältnis zu der neuen Macht zu treten, die die Möglichkeit besaß, jeder anderen Politik als der von ihr verfolgten schwere Hindernisse in den Weg zu legen. Die wachsende Rücksichtnahme auf Deutschland war dabei vor allem durch die Veränderungen bedingt, die sich im europäischen Ostraum vorbereiteten.

Die Verbindung des Orientproblems — und damit berühren wir den zweiten Punkt — mit der Frage der Gestaltung der französischen Politik war durch das Interesse gegeben, das Frankreich an der Festlegung seiner Beziehungen zu Rußland hatte. Das Bestreben Frankreichs, sich vor allem an Rußland anzulehnen, war eine natürliche Folge seiner Niederlage. Rußland war durch seine Lage das naturgegebene Land, um Frankreich in seinem Kampf gegen Deutschland zu unterstützen. In der Tat ist für die ersten Jahre nach dem Kriege auch festzustellen, daß die Bemühungen Frankreichs um ein gutes Verhältnis zu Rußland nicht erfolglos geblieben sind.

Es sollte sich aber bald herausstellen, daß die Gründe, die Rußland veranlaßten, der französischen Regierung entgegenzukommen, in keiner Weise den Zielen entsprachen, die Frankreich bei seiner Annäherung an Rußland vor Augen hatte. Für Frankreich hatte ein Zusammengehen mit dieser Macht eben ausschließlich den Sinn einer Bezogenheit auf Deutschland. Bei Rußland dagegen war in der Annäherung an Frankreich nicht mehr als der Wunsch zu erkennen, im Interesse der Durchführbarkeit gewisser Pläne der russsischen Politik, die sich besonders auf den Orient bezogen, auf Deutschland einen Druck auszuüben. In keinem Augenblick bestand aber in Rußland die Absicht, sich in die grundsätzliche Politik gegen Deutschland einspannen zu lassen. Die Entwicklung, die von dem Aufstand der Christen in der Herzegowina im Juli 1875 bis zum Ausbruch des russisch-türkischen Krieges 1877 führte, mußte den französischen Stellen zu der Einsicht verhelfen, daß diese nach Deutschland geschaffene Rückendeckung Rußlands nur verständlich wäre unter dem weiteren Gesichtspunkt der Ziele des russischen Imperialismus, der mit den Zielen der französischen Politik nichts gemein haben konnte.

So führte bereits diese Entwicklung im Orient, die Frankreich der Möglichkeit beraubte, auf dem eingeschlagenen Weg — d. h. mit Hilfe der Mächte — sein politisches Ziel weiter zu verfolgen, die

französische Politik vor die Notwendigkeit, eine neue Richtung einzuschlagen.

Bei diesem Umschwung spielt schließlich eine ausschlaggebende Haltung die Rolle, die Bismarck nach dem Sieg über Frankreich dem geschlagenen Gegner gegenüber eingenommen hat.

Als die wichtigste Aufgabe, der sich der Kanzler nach 1871 gegenübersah, erschien die Sicherung des neugeschaffenen Reiches. Wenn sich Bismarck bei der Geisteshaltung Frankreichs, wie sie sich durch die Jahrhunderte kundgetan hatte, dessen bewußt war, daß die Möglichkeit einer erneuten kriegerischen Auseinandersetzung mit Frankreich nicht für alle Zeiten aus der Welt zu schaffen war, so hieß es für ihn doch, Wege zu finden, die es Frankreich vorläufig unmöglich machten, einen Revanchekrieg gegen Deutschland zu wagen. Dabei schied für den Kanzler von vornherein die Möglichkeit aus, durch Maßnahmen der Gewalt Frankreich in einen dauernden Zustand der Schwäche zu versetzen. Ganz abgesehen von dem Widerstand, den das Ausland gegen eine solche Politik des Kanzlers geleistet hätte, war für Bismarck die Erkenntnis entscheidend, daß die vitalen Kräfte des französischen Volkes viel zu groß waren, als daß es möglich gewesen wäre, Frankreich durch einen verlorenen Krieg dauernd aus der Weltgeschichte auszuschließen. Es hieß für Bismarck deswegen nicht nur, Deutschlands Stellung innerhalb Europas zu festigen, sondern es handelte sich darum, die Möglichkeit für ein einigermaßen gesichertes Nebeneinander Deutschlands und Frankreichs zu schaffen.

Bismarck erkannte dabei von vornherein die Unmöglichkeit, die grundsätzliche Einstellung der Franzosen, die auf eine erneute Auseinandersetzung mit Deutschland ausging, durch irgend eine Politik ändern zu können. Diese Erkenntnis bestimmte von vornherein die Richtung, die der Politik Bismarcks in der allgemeinen Gestaltung der deutschen Beziehungen zu Frankreich gegeben war und die in ihren Zügen aus den deutschen Akten bekannt ist. Es handelte sich darum, die Wege zu finden, die Frankreich für absehbare Zeit die Möglichkeit nahmen, mit Aussicht auf Erfolg durch einen neuen deutsch-französischen Krieg den durch den Frankfurter Frieden geschaffenen Zustand zu Gunsten Frankreichs wieder abzuändern. Es sollte verhindert werden, daß die französischen Regierungen mit den Mächten Bindungen eingingen, die — solange Frankreich an ihnen teil hatte — notwendigerweise gegen Deutschland gerichtet sein mußten. Für ein alleinstehendes Frankreich war es dagegen von vornherein ausgeschlossen, wirksam etwas gegen Deutschland zu unternehmen.

Bismarck blieb aber nicht dabei stehen, den Boden Europas für die naheliegenden Ziele der französischen Politik ungeeignet zu gestalten; es kam ihm seit dem Augenblick, da man wieder anfangen konnte, mit aktiver französischer Politik zu rechnen, darauf an, den französischen Aktivismus auf Bahnen zu lenken, wo er Deutschland zu keiner Gefahr werden konnte. Hier liegt der Ausgangspunkt für die von deutscher Seite erfolgte Unterstützung der französischen Kolonialpolitik, deren Anfänge bis in das Jahr 1874 zurückzuverfolgen sind.[3])

[3]) vgl. Hohenlohe II. S. 119. Aufzeichnung vom 2. Mai 1874.

Die richtige Erkenntnis Bismarcks, daß es für den Augenblick gar keine andere Politik als die oben gekennzeichnete geben konnte, um den Frieden für die nächste Zeit aufrechtzuerhalten, widerlegt dabei die Einwendungen, die später gegen diese Unterstützung des französischen Kolonialstrebens von verschiedenen Seiten erhoben worden sind[4]), und die von der Ueberlegung ausgehen, daß Bismarck durch diese Politik zur Kräftigung des eigenen, unversöhnlichen Gegners beigetragen habe.

Aus dieser allgemeinen Lage ergab sich für Frankreich die Tatsache, daß bei Bismarcks zurückhaltender Politik und bei der Isolierung, in der sich das Land durch die Entwicklung der europäischen Lage befand, das ursprüngliche Streben der französischen Regierung nicht durchführbar war, die Mächte zu einem Bündnis gegen Deutschland zu gewinnen. Für die französische Politik wurde so eine neue Zielsetzung notwendig, die sich ihr in kolonialer Tätigkeit darbot. Erleichtert wurde dieser Wandel durch den innerpolitischen Umschwung in Frankreich im Jahre 1877. An Stelle einer rechtsgerichteten Staatsleitung, die einzig an die zukünftige Revanche dachte, trat eine Regierung, die aus Vertretern der Linksparteien bestand, und die gewillt war, in gute Beziehungen zu Deutschland zu treten. Sie war daher auch bereit, die dargebotene Möglichkeit der Kolonialpolitik zu ergreifen: Der Ausgangspunkt der Orientkrise nach dem russisch-türkischen Krieg hatte dazu geführt, daß im Berliner Kongreß verschiedene Mächte ihre Stellung im Orient und im Mittelmeer bedeutend verstärken konnten. Die Furcht, daß Frankreich in seiner Stellung zu den Mächten noch weiter an Bedeutung verlieren würde, wenn es bei dieser Gelegenheit leer ausginge, äußerte sich vor allem, als England auf dem Berliner Kongreß den Cypernvertrag bekannt gab, den es im Mai 1878 mit der Türkei abgeschlossen hatte und der praktisch eine Abtretung Cyperns an England bedeutete. Der Protest Frankreichs gegen diesen Vertrag, der nach französischer Anschauung eine Verletzung der Mittelmeerinteressen Frankreichs bedeutete, veranlaßte die englische Regierung, Frankreich auf Tunis zu verweisen, wo England der französischen Regierung für ein Vorgehen freie Hand versprach. Bismarck unterstützte die englischen Ermutigungen. So kam es, daß Frankreich Schritte unternahm, um Tunis zu erwerben. Nach Ueberwindung von Schwierigkeiten, die hauptsächlich durch Italien und durch den Bey von Tunis der französischen Regierung in den Weg gelegt wurden, die aber auch durch den Widerspruch eines großen Teiles der französischen Bevölkerung gegen eine französische Kolonialpolitik entstanden waren, gelang es schließlich, Tunis im Jahre 1881 einen Vertrag aufzuzwingen, der das Protektorat Frankreichs über dieses Land bedeutete.

---

[4]) Noack, Ulrich, Bismarcks Friedenspolitik, 1928, S. 160/61. Crispi, Memoiren, deutsche Ausgabe, S. 104.

Die deutsch-französischen Beziehungen in den Jahren 1881—1885.

Der Eindruck, den das entscheidende französische Vorgehen in Tunis allenthalben hervorgerufen hat, läßt die Stellung erkennen, die Frankreich im Anschluß an sein politisches Streben nach erneuter Geltung unter den europäischen Großmächten erworben hatte. Es zeigte sich, daß außer Deutschland, das verständlicherweise von Oesterreich unterstützt wurde, niemand von den Großmächten die französische Politik in Tunis billigte. Selbst England, das den ersten Anstoß zu der französischen Tätigkeit in Tunis gegeben hatte, war mit dem Gang der französischen Politik nicht zufrieden, da zu befürchten schien, daß die englischen Mittelmeerinteressen durch das Hervortreten Frankreichs Schaden erleiden könnten. Die englische Presse bemächtigte sich der Angelegenheit und griff Frankreich heftig an; aber auch das Foreign Office stand dem Abschluß des französischen Vertrags mit Tunis unfreundlich gegenüber.[5])

Gleichzeitig zeigte sich, daß Rußland, dessen auswärtige Politik mittlerweile wieder ganz der deutschen Linie folgte, bei der Beurteilung der durch die Ereignisse in Tunis geschaffenen Lage überhaupt keine erkennbare Rolle spielte. Diese Tatsache erscheint als eine weitere Bestätigung dafür, daß die Entwicklung sowohl in Frankreich als auch in Rußland zur völligen Aufgabe eines spürbaren Kontaktes zwischen den beiden Mächten geführt hatte.

Der französische Erfolg bewirkte ferner, daß Italien, dessen Enttäuschung über die Entwicklung der französischen Politik sich in heftigen Angriffen auf Frankreich äußerte,[6]) verstärkt die seit 1880 bestehenden Annäherungsversuche an den Zweibund betrieb. Saint-Vallier schrieb dazu, daß die Versicherungen, eine solche Allianz brauche Frankreich in keiner Weise zu beunruhigen, die Erkenntnis nicht verdunkeln könnten, daß sie zunächst gegen Frankreich gerichtet sei. Der französische Botschafter in Berlin war höchst beunruhigt, daß durch diese Entwicklung ein Schritt mehr zur Isolierung Frankreichs getan war.[7])

Das französische Vorgehen in Tunis hatte in der Tat zur Folge, daß in Frankreich im Anschluß an diese Erkenntnis von der europäischen Situation die Stimmen zunahmen, die die Entwicklung der französischen Lage mit Sorge verfolgten. Chanzy, der in Petersburg am besten erfahren konnte, wie sich Frankreichs Stellung zu den Mächten, auf deren Unterstützung es nach dem verlorenen Krieg ge-

[5]) doc. dipl. IV. Nr. 9. D. Challemel-Lacour (Botsch.) an Barthélemy Saint-Hilaire, London, 16. Mai 1881 und doc. dip. IV. Nr. 21. D. Challemel-Lacour an Barthélemy Saint-Hilaire, London, 21. Mai 1881.

[6]) vgl. z. B. doc. dipl. IV. Nr. 38. T. Noailles an Barthélemy Saint-Hilaire, Rom, 28. Juli 1881. — Daß durch das Tunisunternehmen auch das Verhältnis Frankreichs zur Türkei getrübt wurde, ist ebenfalls leicht erklärlich. vgl. z. B. doc. dipl. IV. Nr. 1, 16, 33, 37.

[7]) doc. dipl. IV. Nr. 116. Lettre, Saint-Vallier an Courcel, Coucy, 7. September 1881.

rechnet hatte, beständig verschlechterte, und der sich durch den wachsenden Einfluß Bismarcks auf den neuen Zaren immer mehr der französischen Vereinsamung, die er als Ziel der deutschen Politik angab, bewußt wurde, hatte bereits vor Durchführung des Tunisunternehmens auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Freundschaft mit Rußland zu wahren.[8]) Und selbst Saint-Vallier schrieb in dieser Zeit besorgt, daß die ausschließliche Bestimmung der Politik der Dreikaisermächte durch Bismarck nicht unbedenklich sei.[9])

Wenn auch das im Juni abgeschlossene Dreikaiserbündnis geheim blieb, so bestand bei den französischen Stellen doch kein Zweifel darüber, inwieweit das alte Dreikaiserverhältnis wieder in Kraft getreten war. Für Chanzy war es im Zusammenhang mit der deutschen Unterstützung in Nordafrika offensichtlich, daß Bismarcks Ziel der Isolierung Frankreichs auf dem Kontinent von der Idee vervollständigt wurde, die französische Regierung auf kolonialem Gebiet zu Unternehmungen zu veranlassen, die das Land über die Vereinsamung hinaus in Konflikt mit anderen Mächten bringen mußte. Charakteristisch für diese Vorstellung, die in der öffentlichen Meinung Frankreichs damals vorherrschte, ist eine Äußerung des einflußreichen Gambetta aus dem Juli 1881: „L'Allemagne voudrait nous attirer dans son orbite et nous éloigner de l'Angleterre et de la Russie. Tenons-nous bien; gardons l'alliance avec ces deux puissances en réserve pour l'avenir."[10])

Saint-Vallier beurteilte die Dinge von Berlin aus etwas anders; aber es ist äußerst bemerkenswert, daß er bald nach dem französischen Erfolg in Tunis die Lage, in der sich Frankreich befand, nicht weniger gefährlich als Chanzy und schließlich auch als Gambetta ansah. Zwar schloß sich der französische Botschafter in Berlin nicht der Ansicht jener Kreise an, die bei Bismarck den Wunsch erkennen wollten, Frankreich in Konflikt mit den verschiedenen Mächten geraten zu lassen. Er glaubte durchaus an die Aufrichtigkeit der Ablenkungspolitik des deutschen Kanzlers, in deren Richtung auch die günstige Gestaltung der englisch-französischen Beziehungen läge.

Das Ergebnis der Tunisexpedition und das immer klarer werdende Bewußtsein, wie abhängig trotz aller günstigen Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen Frankreich von Deutschland war, ließen ihn aber die Gefahr erkennen, in der sich Frankreich befand: Wenn Chanzy betont hatte, daß Frankreich gute Beziehungen zu Rußland pflegen mußte, so war Saint-Vallier einsichtig genug, um zu erkennen, daß Rußland für absehbare Zeit eine Rolle in der französischen Politik nicht zu spielen vermochte.[11]) Die jüngste Entwicklung hatte ihm

[8]) doc. dipl. III. Nr. 477. D. Chanzy an Barthélemy Saint-Hilaire, Petersburg, 23. April 1881 u. doc. dipl. III. Nr. 516. D. Chanzy an Barthélemy Saint-Hilaire, Ptsbg. 7. Mai 1881. Chanzy schrieb in diesem Augenblick: „Il n'y a plus à en douter; le nouveau Souverain de la Russie cédant aux suggestions du parti allemand qui compte le Grand-Duc Vladimir semble avoir pris la voie qu'il nous importait à un si haut degré de lui voir éviter."

[9]) doc. dipl. III. Nr. 484. Lettre, Saint-Vallier an Barthélemy Saint-Hilaire, Berlin, 27. April 1881: „le fait est que de son Cabinet Bismarck mène la politique des trois empereurs: c'est bien grave."

[10]) Freycinet, II. S. 175. Gespräch vom 28. Juli 1881.

[11]) doc. dipl. IV. Nr. 69. D. confidentiel, Saint-Vallier an Barthélemy Saint-Hilaire, Berlin, 17. Juli 1881.

aber gezeigt, daß die Spannungen, die zwischen Frankreich und England bestanden, eine Gefährdung der Beziehungen beider Länder darstellen könnten.[12]) Saint-Vallier, der sich dieser Lage ganz plötzlich bewußt wurde, und der von diesem Augenblick an die aufrichtig betriebene deutsch-französische Annäherung mit ganz anderen Augen ansah, ließ Bericht auf Bericht nach Paris gehen, um die Aufgaben der französischen Politik festzulegen, die nach seiner Ueberzeugung durch Annäherung an England sich zu bemühen hatte, die Abhängigkeit von Deutschland in ein Verhältnis umzuwandeln, bei dem auch die deutsche Politik ein tatsächliches Interesse an einer französischen Unterstützung haben mußte.

Saint-Vallier, der nach den französischen Akten der einzige Franzose war, der der Politik Bismarcks gegenüber Frankreich ein großes Maß von Verständnis entgegenbrachte, kannte den deutschen Kanzler zu gut, um nicht zu wissen, daß die taktische Unterstützung, die Bismarck der französischen Politik in den vergangenen Jahren hatte zuteil werden lassen, nur so lange anhalten werde, wie es mit den deutschen Interessen unbedingt vereinbar war.

Um Frankreich nicht der Gefahr auszusetzen, einer solchen Politik machtlos gegenüberzustehen und um zu erreichen, daß Bismarck oder sein Nachfolger sich überhaupt nicht in der Lage befinden könnten, Frankreich seine ganze Abhängigkeit von Deutschland fühlen zu lassen oder die bisher verfolgte Politik plötzlich in ihr Gegenteil zu verkehren, schrieb Saint-Vallier an den französischen Außenminister: „Tant que nous sommes en bons termes avec l'Angleterre, l'amitié de l'Allemagne nous est précieuse, utile, il faut la rechercher, la cultiver; on ne tenterait pas de nous la rendre onéreuse, ni humiliante, car on saurait qu'à la rigueur nous pourrions nous en passer. Mais, si l'Angleterre nous est hostile, si son hostilité encourage celle de l'Italie, alors l'amitié de l'Allemagne devient, comme à l'heure actuelle, une condition indispensable de notre sécurité; on le comprend trop bien ici pour ne pas céder un jour à la tentation de nous le faire payer."[13])

Die französischen Akten geben keinen Aufschluß, inwieweit die damalige französische Regierung, die bis zum November 1881 im Amt blieb, den Befürchtungen ihrer Botschafter in Berlin und Petersburg gefolgt ist; und es erscheint beinahe zweifelhaft, ob die Berichte tiefen Eindruck auf Barthélemy Saint-Hilaire gemacht haben[14])

Daß aber solche Bedenken im Innern Frankreichs immer stärker wurden und schließlich die politische Lage entscheidend beeinflußten, beweisen die innerfranzösischen Vorgänge gegen Ende des Jahres 1881.

Im Anschluß an den Vertrag mit dem Bey von Tunis waren verschiedene militärische Expeditionen nötig geworden, um einiger

[12]) doc. dipl. IV. Nr. 60. D. confidentiel, Saint-Vallier an Barthélemy Saint-Hilaire, Berlin, 8. Juli 1881.

[13]) doc. dipl. IV. Nr. 62. Lettre, Saint-Vallier an Barthélemy Saint-Hilaire, Berlin, 10. Juli 1881.

[14]) Die Antwort, die der französische Außenminister seinem Botschafter in Berlin hat zuteil werden lassen, gibt zu erkennen, daß er auf die Berichte nur wenig eingegangen ist.
doc. dipl. IV. Nr. 74. D. confidentiel. Barthélemy Saint-Hilaire an Saint-Vallier, Paris, 21. Juli 1881.

lokaler Aufstände Herr zu werden. Der wachsende Widerstand der französischen Kammer gegen solche bewaffneten Unternehmungen, in dem sich die Abneigung aller der Kreise äußerte, die einer französischen Kolonialpolitik überhaupt abgeneigt gegenüberstanden, wurde durch diese kontinentale Entwicklung noch vergrößert und führte im November zum Sturz des Kabinetts Ferry-Barthélemy Saint-Hilaire.

Die entscheidende Aussprache in der Kammer hatte erneut die große Gefolgschaft Gambettas gezeigt, so daß sich nun endgültig Grévy veranlaßt sah, diesen Mann mit der Bildung des Kabinetts zu beauftragen.[15]) Es bedeutet das den Abschluß einer Entwicklung, die schon seit langem auf die Lösung in dieser Richtung hingedrängt hatte, und die nun in einem Augenblick erfolgte, als es — wie sich schnell herausstellen sollte — bereits zu spät war. Das „grand ministère", das Gambetta bildete und das der Ausdruck einer festen Mehrheit sein sollte, konnte sich bei den Widerständen, die damals bereits gegen seinen Leiter lebendig wurden, nur bis zum Januar 1882 halten; Gambetta, der über eine innerpolitische Frage stürzte, hatte seine politische Rolle damit ausgespielt.

Wenn es im Sinn einer gemäßigten Politik Grévy auch gelungen war, Gambetta von der tatsächlichen Staatsleitung fast bis zuletzt fernzuhalten, so hat er auf der anderen Seite dadurch verhindert, daß die französische Politik jene Stabilität annahm, die im Verkehr mit anderen Mächten von ausschlaggebender Bedeutung ist. Der starke Verbrauch an Kabinetten, der in den vorangegangenen Jahren, da die vorhandene Mehrheit zu einer Betrauung Gambettas aufforderte, in Frankreich vorherrschte, bewirkte eine Unsicherheit der französischen Politik, der ihr in entscheidenden Augenblicken viel von ihrer Durchschlagskraft nahm. Das Studium der französischen Akten zeigt, wie gerade das Tunisunternehmen durch diese schleichende Krise stark verzögert worden ist. Gleichzeitig wirkte diese geringe Stabilität ungünstig auf die Stellung Frankreichs zu den Mächten. Der Zustand, in dem sich Frankreich damals eine Zeit lang befand, entsprach der Hoffnung, die Bismarck von den Auswirkungen einer republikanischen Staatsform Frankreichs von Anfang an gehegt hatte, und von der er annahm, daß die geringe Stabilität der französischen Regierungen, die dauernd die Gefahr eines Umsturzes in sich trug, ein Zutrauen der anderen Mächte nicht aufkommen lassen würde.[16])

In der Tat beweist die Sprache der Großmächte, daß das französische Bewußtsein der Vereinsamung nicht unabhängig von der Abneigung gewesen ist, den diese Regierungen gegen ein solches

[15]) Bismarck hatte sich durch die Betrauung des radikalen Gambetta mit der Regierung in seiner Politik gegenüber Frankreich nicht beeinflussen lassen (s. Gr. Pol. III, Nr. 670. Aufzeichnung Herbert v. Bismarcks, Berlin, 16. November 1881); Kaiser Wilhelm unterstrich in seiner rückblickenden Thronrede im November 1881, daß durch die Entwicklung der letzten Zeit der Frieden sich gefestigt habe. (Staatsarchiv, Band 40, 1882, S. 52.)

[16]) vgl. die Wiedergabe eines entsprechenden Gespräches Hohenlohes kurz vor dem Antritt seines Botschafterpostens mit Bismarck. (Hohenlohe: Denkwürdigkeiten II. S. 118. Aufzeichnung v. 2. V. 1874.)

[17]) vgl. doc. dip. IV. Nr. 58. D. confidentiel. Chanzy an Barthélemy Saint-Hilaire, Petersburg, 7. Juli 1881 und doc. dipl. IV. Nr. 206. D. Chanzy an Gambetta, Petersburg, 9. Dez. 1881.

republikanisches Frankreich hatten. Der Zar drückte verschiedentlich seine Mißbilligung über eine solche Entwicklung in Frankreich aus[17]); die englische Königin machte aus ihrer Abneigung gegen das republikanische Frankreich keinen Hehl.[18])

Klarheit über die Gefahr, die in einer solchen Entwicklung für Frankreich lag, verschaffte sich zum ersten Mal Saint-Vallier, den hauptsächlich diese Erkenntnis zum Rücktritt von seinem Berliner Posten veranlaßte. Saint-Vallier, der die Notwendigkeit aktiver französischer Außenpolitik zum Zwecke eines Neuaufbaus Frankreichs erkant hatte, sah gleichzeitig, daß eine solche Politik aber nur geführt werden konnte, wenn die Mächte durch eine zielsichere französische Staatsleitung gleichzeitig veranlaßt wurden, mit dieser sich kräftigenden Macht in nähere Beziehungen zu treten, anstatt bei einer schwachen französischen Regierung deren Politik zu bekämpfen und sich in die Front der Gegner Frankreichs einzureihen — selbst wenn diese für den Augenblick nichts gegen Frankreich unternahmen.[19])

Das Bewußtsein, daß Frankreich bei Weiterverfolgung des eingeschlagenen Weges in einen notwendigen Gegensatz zu allen Mächten gelangen werde, die Unwahrscheinlichkeit, daß in absehbarer Zeit eine Aenderung durch eine starke Persönlichkeit herbeigeführt werden könnte (wobei Saint-Vallier der Ueberzeugung war, daß eine Regierung Gambetta diese außenpolitische Gefahr nur vergrößerte[20]), ließ ihm die Zukunft Frankreichs so trübe erscheinen, daß er im Dezember 1881 zurücktrat und bezeichnenderweise in diesem Beispiel von Chanzy gefolgt wurde.[21])

Bei dem stets gleichbleibenden, in der Zukunft liegenden Ziel der französischen Politik bestand tatsächlich eine Schwierigkeit, die verschiedenen vorhandenen Bestrebungen zu vereinen: Auf der einen Seite lag das Bedürfnis nach aktiver Kolonialpolitik als der damals einzigen Basis, auf der im Augenblick ein Aufbau nach außen möglich schien; auf der anderen Seite durfte aber die Notwendigkeit nicht außer acht gelassen werden, gute Beziehungen zu den Mächten unter allen Umständen zu erhalten.

Besondere Schwierigkeiten mußten sich bei der Gestaltung des Verhältnisses zu England ergeben, das durch eine französische Kolonialpolitik zunächst geschädigt werden konnte. Gefahren für den Fortbestand guter französisch-englischer Beziehungen zeigten sich

[18]) Victoria an Granville, 27. Jan. 1881 (Letters, II. S. 223) u. Victoria an Ponsonby, 30. März 1882 (Letters, II. S. 300/01).

[19]) Saint-Vallier schreibt zum wahrscheinlichen Eintritt Italiens in den Zweibund: „Voilà, mon cher ami, une des conséquences de nos folies et imprudences, de notre absurde politique intérieure, de notre déplorable impuissance militaire." (doc. dipl. IV. D. 116, Saint-Vallier an Courcel, Lettre, 7. September 1881.)

[20]) Für Saint-Vallier war mit der Betrauung Gambettas der Fall eingetreten, über den sich Bismarck bereits 1874 in einer ähnlichen Situation folgendermaßen geäußert hatte: „bin aber überzeugt, daß, wenn Gambetta an das Ruder gekommen wäre, die Wirkung auf die übrigen europäischen Völker dieselbe sein würde, wie die Wirkung der Kommune." Gr. Pol. I. Nr. 151, 28. II. 1874, Bism. an H. VII. Reuß.

[21]) doc. dipl. IV. Nr. 198. D. très confidentiel, Saint-Vallier en Gambetta, Berlin, 4. Dezember 1881.
doc. dipl. IV. Nr. 206. D. Chanzy an Gambetta, Petersburg, 9. Dez. 1881.

deutlich zum ersten Mal im Aegyptenunternehmen, wo es sich als unmöglich erwies, die französischen Interessen neben den englischen zu behaupten und zur Entfaltung zu bringen. Hier mußte ein Ausgleich deswegen besonders schwer sein, weil die französische Stellung nicht so sehr auf wirtschaftlichen Vorteilen als auf dem Festhalten an einer großen historischen Vergangenheit beruhte. Ein Zurückweichen schien deshalb nur unter Verlust an nationalem Prestige möglich. Daß trotzdem dieser Schritt, der Frankreich ganz offensichtlich eine große Selbstüberwindung gekostet hat, durchgeführt worden ist, beweist, wie das Bewußtsein, das Saint-Vallier von der gefährdeten Lage Frankreichs hatte, dem entsprach, was weite Kreise empfanden und für die französische Politik zu tun für nötig hielten. Für die folgenden Jahre betonter deutsch-französischer Zusammenarbeit auf kolonialen Gebieten bedeutete dieser schwerwiegende Entschluß der französischen Politik, der der notwendigen Rücksicht auf Frankreichs besonderem Verhältnis zu Deutschland entsprungen war, eine Vorbelastung, die sich von vornherein hemmend bemerkbar machte und dazu beitrug, dieses deutsch-französische Zusammengehen der Oeffentlichkeit als unerwünscht und verfehlt erscheinen zu lassen.

Dieser Verzicht Frankreichs auf Aegypten stellt gleichzeitig ein Beispiel dar, wie Freycinet, während dessen Amtszeit die Entscheidung fiel, von Gambetta beeinflußt wurde, und wie die Ideen dieses Mannes für die auswärtige Politik Frankreichs in jenen Tagen bedeutend geworden sind. Selbst in einer Zeit, als ein großer Teil einflußreicher Männer in Frankreich einen offenen Bruch mit England für notwendig hielten, trat Gambetta im Hinblick auf Frankreichs Stellung zu Deutschland immer wieder für einen Ausgleich mit England ein. In seiner letzten Kammerrede, die er am 18. Juli 1882 gehalten hat, rief er der Regierung zu: „Ne rompez jamais l'alliance anglaise."[22])

Die Uebereinstimmung, in der sich bei diesem außenpolitischen Ziel Gambetta und Saint-Vallier, der Radikale und der Gemäßigte, befunden haben, ist ein deutliches Zeichen für die Gleichartigkeit, mit der fast ausnahmenlos von allen Franzosen die Lage und die Aufgabe Frankreichs beurteilt wurde, und die nichts über die verschiedene Einstellung zu der taktischen deutsch-französischen Annäherung sagt.

Wenn Saint-Vallier selbst dabei auch überzeugt war, daß Bismarcks Politik nicht den Zweck verfolge, Frankreich und England gegeneinander auszuspielen[23]), so läßt sich aus den französischen Akten doch feststellen, daß sich in Frankreich allmählich auch in den Kreisen, die im Anfang vorbehaltlos für die französische Kolonialpolitik eingetreten waren, der Verdacht festsetzte, daß es Bismarcks Ziel wäre, durch Unterstützung der französischen Kolonialpolitik — vor allem in Aegypten — den englisch-französischen Zusammenstoß

[22]) Deschanel, S. 282.

In England war man sich dieser Einstellung Gambettas voll bewußt. Lyons schrieb über die Stimmung in Frankreich: „The wise heads (and there is some reason that Gambetta may be among them) look rather to England, and are willing to conciliate her by supporting her views in the East." (Lyons an Salisbury, 14. November 1879; ‚Lyons' II. S. 196.)

[23]) s. o. S. 14.

herbeizuführen. Bei den nicht immer leicht zu vereinenden Aeußerungen, die Bismarck über eine wünschenswerte Gestaltung des englisch-französischen Verhältnisses getan hat, besteht tatsächlich eine gewisse Schwierigkeit, die klare Linie in Bismarcks Politik in diesem Punkte sofort zu erkennen. Für Bismarck spielte bei seiner Einstellung zu den englisch-französischen Beziehungen der Wunsch nach möglichster Isolierung Frankreichs nicht die alleinige Rolle. Verschiedene Interessen geboten dem Kanzler, eine Annäherung zwischen den beiden Mächten zu unterstützen. Bismarck war sich durchaus bewußt, daß eine ungünstige Entwicklung des englisch-französischen Verhältnisses den Sieg der Richtung in Frankreich zur Folge haben würde, die selbst bei großen Opfern bereit war, mit Rußland zusammenzugehen — zumal gerade zu Beginn des Jahres 1882 sich in Rußland erneut Strömungen für eine Annäherung an Frankreich zeigten.[24]) Eine etwas später gefallene Aeußerung Bismarcks hat ganz allgemein Geltung für die Art, wie Bismarck im Zusammenhang mit der ägyptischen Frage das englisch-französische Verhältnis beurteilte. Er schrieb damals: „Wir haben mit Frankreich das gleiche Interesse, daß Bruch mit England und namentlich Krieg verhütet und die ägyptische Frage friedlich gelöst werde. Ein französisch-englischer Krieg würde für uns, auch wenn wir unbeteiligt blieben, eine ähnliche Kalamität sein, wie ein russisch-österreichischer; Ferry möge uns vertrauen, daß wir ehrlich bemüht sind, ihn zu verhüten und die ägyptische Frage friedlich zu lösen."[25]).

Daß trotzdem in Frankreich der Verdacht entstehen konnte, Bismarck sei bestrebt, in Aegypten einen englisch-französischen Konflikt herbeizuführen, kann nach anderen Aeußerungen des deutschen Kanzlers nicht verwunderlich erscheinen. Bismarcks Aegyptenpolitik, die — wie er selbst immer wieder betonte — ihren Antrieb ausschließlich von Gesichtspunkten erhielt, die mit etwaigen deutschen Interessen in Aegypten selbst in keinerlei Beziehungen standen, war mit dem Wunsch, einen englisch-französischen Zusammenstoß zu vermeiden, nicht erschöpft. Wenn Bismarck zu Zeiten den Plan durchblicken ließ, die Orientfrage durch Aufteilung des türkischen Reiches so zu lösen, daß alle Mächte Befriedigung ihrer Wünsche erhalten möchten, um auf diese Weise den Frieden für die weite Zukunft zu sichern, so hat ihn diese Ueberlegung in der Praxis veranlaßt, die englische Politik in Aegypten insoweit zu ermutigen, wie er es mit Rücksicht auf Deutschlands Beziehungen zu anderen Mächten verantworten konnte, und wie es ihm selbst lieb war, daß durch eine englische Betätigung die Gefahr einer Beunruhigung Europas nicht hervorgerufen werden konnte.[26])

---

[24]) vgl. doc. dipl. IV. Nr. 260, Courcel an Freycinet, confidentiel, Berlin, 22. Februar 1882 und Langer S. 240 und 241.

[25]) Gr. Pol. III. Nr. 693. Bismarck an Herbert von Bismarck z. Z. in Paris, Friedrichsruh, 5. Okt. 1884.

[26]) s. Gr. Pol. II. Nr. 250. Diktat Bismarcks, Varzin, 20. Oktober 1876 und Gr. Pol. II. Nr. 294. Diktat Bismarcks, Kissingen, 1. Juni 1876.

vgl. auch Lenz, Deutschland im Kreis der Großmächte S. 17, der näher auf den Aufteilungsplan der Türkei eingeht. Mir scheint aber, daß es falsch wäre, hinter diesen Aeußerungen die Absicht Bismarcks zu suchen, von sich aus Schritte zu unternehmen, um die ganze Orientfrage aufzurollen. Er kannte viel zu gut die Gefahren, denen bei einer derartigen Er-

Dabei ist zu beobachten, daß der deutsche Kanzler nach der durch den Berliner Kongreß gefundenen Lösung der Orientfrage im Interesse einer gesicherten friedlichen Entwicklung noch zurückhaltender als vorher gegenüber den englischen Zielen in Aegypten wurde.

Die Schwierigkeit besteht darin, diese beiden verschiedenartigen Gesichtspunkte im Sinne einer einheitlichen Politik, die sowohl England als auch Frankreich unterstützen wollte, zu verstehen. Es ist dies um so weniger leicht, als es an Aeußerungen auf deutscher und der Gegenseite nicht gefehlt hat, die zu beweisen scheinen, daß Bismarck die Auseinandersetzung Frankreichs und Englands in Aegypten mit vollem Bewußtsein in sein politisches System eingefügt und vorbereitet hat.

In der Aufzeichnung, die der Kanzler im Jahre 1877 über die gewünschte Entwicklung im Orient machte, gab er mit Bezug auf das englisch-französische Verhältnis folgenden Punkt an: „Loslösung Englands von dem uns feindlich bleibenden Frankreich wegen Aegyptens und des Mittelmeers."[27]) Hohenlohe zeichnete im November 1882 ein Gespräch mit Bismarck in Varzin auf, in dessen Verlauf der Kanzler über die französischen Dinge gesagt hatte: „daß wir ruhig zusehen, wenn irgendwo die englische und französische Lokomotive ineinanderfahren."[28])

Wenn Bismarck verschiedentlich in Paris wissen ließ, daß die französische Regierung bei ihrem Vorgehen im Mittelmeer auf England, das durch seine unberechenbare Politik immer ohne Bundesgenossen bleiben werde, überhaupt nicht Rücksicht zu nehmen brauche,[29]) so mußte schließlich der Gedanke nahe liegen, daß der deutsche Kanzler die französische Regierung zu übereilter und verhängnisvoller Politik veranlassen wollte. Diese Vorstellung war um so leichter möglich, als die englische Regierung — wiewohl sie sich über Bismarcks Ziele nicht ganz klar war — in dem bereits erwähnten Interesse, Frankreich zur Annäherung an England zu bewegen, alles tat, um den französischen Verdacht zu verstärken.[30])

Es wäre nun in der Tat auch falsch, annehmen zu wollen, daß

---

schütterung das neue Reich ausgesetzt war, um durch eine solche Politik, anstatt der Festigung des Friedens zu dienen, alles bis dahin Erreichte wieder aufs Spiel zu setzen. vgl. auch Hartung, S. 25 und Oncken I. S. 191.

[27]) Gr. Pol. II. Nr. 294. Diktat Bismarcks, Kissingen, 15. Juni 1877. vgl. auch die Randbemerkung, die Bismarck zu einem Bericht Münsters vom 24. April 1877 gemacht hat: Nubar Pascha war 1867—74 ägyptischer Außenminister und befand sich im April 1877 in London, wo er zu Münster von dem Vorteil eines englischen Protektorates über Aegypten gesprochen hat. Dazu schreibt Bismarck: „Sehr verständig." (Gr. Pol. II. Nr. 289. vertraulich.)

[28]) Hohenlohe, II. S. 329. Aufzeichnung v. 8. Nov. 1882.

[29]) vgl. z. B. Gr. Pol. III. Nr. 668. Busch an Hohenlohe, Berlin, 16. Juli 1881.

[30]) Granville schreibt im April 1881 an die Königin: „Your Majesty will know wether it is true, what Lord Granville has been told, that Prince Bismarck advised your Majesty's late Government to take Egypte." (Letters, II, S. 210), und Lyons weist auf die Notwendigkeit hin, dieses französische Mißtrauen gegen Deutschland zu verstärken (Lyons an Granville, „Lyons", II. S. 297).

Bismarcks Aeußerungen über die Notwendigkeit guter englisch-französischer Beziehungen, die er den Franzosen gegenüber immer wieder betonte, dem Wunsch entsprochen hätten, ein englisch-französisches Freundschaftsverhältnis sich bilden zu sehen.

Wenn die spätere deutsche Regierung, die das Entstehen des russisch-französischen Bündnisses nicht hat verhindern können, durch den Mund Caprivis schließlich resigniert äußerte, Deutschland würde von einem guten Verhältnis seiner Nachbarländer nur Vorteile genießen, so zeigt diese Einstellung den Wandel, der seit dem Fortgang Bismarcks in der staatsmännischen Auffassung eingetreten war. Bismarck wußte, daß Deutschlands Ruhe nur gesichert war, wenn die Rivalitäten anderer Mächte dem Deutschen Reich die Gewißheit gäben, daß einmal Deutschland jedem dieser Staaten zur wertvollen Hilfe werden könnte, und daß andererseits niemand im Augenblick einen Angriff auf Deutschland zu unternehmen geneigt wäre. Aus diesem Grunde war Bismarck durchaus mit einer Entwicklung zufrieden, die Frankreich und England in Aegypten durch ihre verschiedenen Interessen in einem dauernden Zustand gegenseitiger Wachsamkeit hielt. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß Bismarck nach dem Berliner Kongreß einen Bruch der beiden Länder wegen der großen, damit verbundenen Folgen auf alle Fälle vermieden sehen wollte; deswegen griff er auch in der oben geschilderten Weise in den Lauf der Ereignisse ein. Es soll dahingestellt bleiben, inwieweit Bismarck auf eine spätere englisch-französische Auseinandersetzung gebaut hat.

Wenn Courcel im Dezember 1882 an den damaligen Außenminister Duclerc schrieb, daß nach seiner Ueberzeugung Bismarcks Wunsch eine Gestaltung der englisch-französischen Beziehungen in einer Weise sei, die weder Freundschaft noch Feindschaft bedeute, so wird der französische Botschafter die Sachlage ziemlich richtig beurteilt haben[31]).

Diese Einstellung Bismarcks zu Frankreich und zu England machte sich im Zusammenhang mit den Vorgängen in Aegypten mit aller Deutlichkeit geltend.

In Aegypten war es seit Beginn des Jahres 1881 zu Unruhen gekommen; das Vorgehen Frankreichs in Tunis trug nicht dazu bei, die Lage im östlichen Mittelmeer zu beruhigen[32]).

Aber nicht nur in Aegypten selbst, wo man besorgte, daß das französische Vorgehen in Tunis ein englisches in Kairo auslösen werde, hegte man Befürchtungen; in sorgenvolle Verbindung wurde die Tunisfrage mit der Aegyptenangelegenheit auch von englischen Stellen gebracht. Lyons wies von Paris aus seine Regierung darauf hin, wie der Wandel in den deutsch-französischen Beziehungen zur Folge gehabt habe, daß Frankreich sich nicht mehr einzig um seine Stellung zu Deutschland kümmere, sondern sogar Truppen für koloniale Unternehmungen frei mache. Nach dem französischen Erfolg in Tunis sei ein Fortschreiten in dieser Richtung nur wahrscheinlich —

[31]) doc. dipl. IV. Nr. 573. D. Courcel an Duclerc, Berlin, 5. Dez. 1882.
[32]) doc. dipl. IV. Nr. 28. D. Monge (Gérant de l'Agence et du Consulat général de France en Egypte) an Barthélemy Saint-Hilaire, Kairo, 30. Mai 1881.

was aber England sehr unbequem werden könne[33]). In der Folgezeit versuchte daher die englische Diplomatie immer wieder, Frankreich von kolonialen Unternehmungen abzuhalten, indem sie die französische Regierung und öffentliche Meinung mit Mißtrauen gegen Deutschland erfüllte. Die englischen Versicherungen, wonach die deutsche Politik einen französisch-englischen Konflikt vorbereiten wolle, sollten Frankreich veranlassen, wieder ausschließlich kontinentale Politik zu treiben[34]).

Bismarck, der sich dieser englischen Tendenzen wohl bewußt war[35]), bemühte sich daher, alles zu vermeiden, was in den Augen der französischen Regierung als eine Bestätigung dieser englischen Verdächtigung gelten konnte[36]).

Die französischen Akten zeigen nun in der Tat, wie die englischen Befürchtungen, wonach Frankreich durch den Erfolg in Tunis ermutigt sein würde, in Aegypten stärker seinen Einfluß geltend zu machen, nicht unbegründet waren.

Die Maßnahmen, die Frankreich gegenüber den ägyptischen Unruhen zu ergreifen für notwendig hielt, waren offensichtlich nicht von der Sorge bestimmt, in Aegypten wieder die Ruhe herzustellen, sondern ließen das Streben erkennen, die Wirren zu benutzen, um den europäischen Einfluß zu verstärken. Wenn dabei Frankreich auch hauptsächlich an sich selbst dachte, so war man sich doch in Paris der Unmöglichkeit bewußt, ohne einen entsprechenden Erfolg Englands zu einem solchen Frankreichs in Aegypten zu gelangen. Daher suchte man nach Möglichkeiten, dem französisch-englischen Einfluß einen erneuten Aufschwung zu geben. Bei diesen Bemühungen zeigte es sich aber, daß England gar nichts an einer Entwicklung gelegen war, die durch den gleichzeitigen englischen und französischen Kräfteeinsatz Frankreich zu Vorteilen in Aegypten verhalf.

Die Vorschläge, die Frankreich zu Beginn der Entwicklung machte und die zeigen, daß die französische Regierung damals noch ganz gegenüber England die Initiative in ihrer Hand hielt, begegneten nur wenig der englischen Bereitschaft, Frankreich darin zu unterstützen.

Die englischen Aeußerungen, die uns zu dieser Frage bekannt sind, bestätigen, daß die englische Regierung der Zusammenarbeit mit Frankreich bewußt aus dem Wege gehen wollte. Darin unter-

[33]) Lyons an Granville, 17. Juni 1881:
„The change of their position with regard to Bismarck is another great difficulty. A little while ago dread of Germany made them unwilling to send a regiment or a ship to a distance from France, but since the Tunis affair, they have gone into the trap he has set for them with their eyes open." (‚Lyons', II. S. 347.)

[34]) vgl. z. B. Lyons an Granville, 3. November 1882. ‚Lyons', II. S. 297.

[35]) vgl. z. B. Gr. Pol. IV. Nr. 756. Bismarck an Münster, Berlin, 5. Dezember 1884.

[36]) vgl. z. B. die Schilderung, die Moritz Busch von einem Gespräch mit Bismarck gibt, in dem es sich um die Abfassung eines Artikels über Tunis handelt, den Busch in den „Grenzboten" erscheinen lassen wollte. Bismarck, der zunächst einmal solchen Artikel widerrät, gibt erst seine Zustimmung, als ihm Busch zusichert, nichts zu schreiben, was den Verdacht Englands über die Haltung, die Deutschland während des ganzen Tunisunternehmens gespielt hat, erregen bzw. verstärken könnte. (Moritz Busch, Tagebuchblätter III. S. 37/38. Aufzeichnung vom 4. Mai 1881.)

schied sich das liberale Kabinett Gladstones in nichts von dem konservativen Beaconsfields. Granville schrieb im Juli 1882 — also bereits nach der Entscheidung, die den vorläufigen Verzicht Frankreichs auf Aegypten bedeutete: "One of the arguments that weighed with Cabinet was that, being in a sort of partnership with France, some convenience may be expected from having another partner."[37]) — Zu erinnern bleibt in diesem Zusammenhang an das bereits erwähnte Bestreben der Königin Victoria, ein Zusammenarbeiten mit dem republikanischen Frankreich zu verhindern[38]).

Diese Abneigung, mit Frankreich zusammenzugehen, mußte sich vergrößern, als zur gleichen Zeit, da in Aegypten alle Bemühungen nicht den bestehenden englisch-französischen Gegensatz zu verdecken in der Lage waren, Frankreich sich auch auf anderen kolonialen Gebieten wie z. B. in Madagaskar betätigte, wo es den dortigen englischen Interessen zur Gefahr werden konnte[39]).

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der schließliche Abbruch der französischen Kolonialpolitik zu einem großen Teil durch die von Frankreich begangenen Fehler hervorgerufen worden ist. An Hand der Akten zeigt sich immer wieder, wie der französische Gesichtspunkt einer Stärkung der Stellung Frankreichs in Aegypten die Regierung zu Maßnahmen veranlaßte, die nur wenig den Erfordernissen der Lage entsprachen und die dazu beitrugen, Frankreich außerhalb der gemeinsamen Front der Mächte zu stellen; aber gerade dadurch ging die Möglichkeit einer erfolgreichen Politik verloren. Frankreich wäre wahrscheinlich länger in der Lage gewesen, seinen Einfluß in Aegypten aufrechtzuerhalten, wenn es damals zunächst daran gedacht hätte, die Beruhigung dort herbeizuführen. Indem es sich aber allen Maßnahmen widersetzte, die eine Unterdrückung des Aufstandes durch eine andere als französische oder englische Kraft dargestellt hätten[40]) — und aus diesem Grunde ein geplantes Eingreifen der Pforte auf das heftigste bekämpfte — ließ es die Dinge so weit treiben, daß schließlich ein militärisches Vorgehen in irgend einer Form nötig wurde. Gleichzeitig bewirkte Frankreichs Politik, daß man in England die französischen Ziele klar erkannte; erst dadurch wurde im englischen Kabinett die Bereitwilligkeit geschaffen, zur Vorbeugung gegen eine mögliche militärische Tätigkeit Frankrechs in Aegypten, dort einzugreifen[41]). Diese Bereitschaft wurde wesentlich verstärkt durch die Tätigkeit des englischen Generalkonsuls in Aegypten, Sir Edward Malet, der von vornherein für eine zielstrebige Verfolgung der englischen Interessen in Aegypten eintrat. Er tat daher von sich aus nichts, um die englisch-französische Spannung an Ort und Stelle zu mildern. Seine Berichterstattung war

[37]) Granville an Victoria, 25. Juli 1882, Letters of the Queen Victoria, II. S. 313.
vgl. auch Langer S. 282.

[38]) s. o. S. 17.

[39]) vgl. doc. dipl. IV. Nr. 230. D. Gambetta an Rouvier (Kolonialminister), Paris, 11. Januar 1882 und doc. dip. IV. Nr. 269. D. Freycinet an Badais (französischer Konsul in Tananarivo), Paris, 2. März 1882.

[40]) vgl. z. B. doc. dipl. IV. Nr. 130. T. Barthélemy Saint-Hilaire an Tissot (Konstantinopel), Paris, 14. September 1881.

[41]) vgl. Gr. Pol. IV. Nr. 748, Herbert von Bismarck an Fürst Bismarck, London, 9. Juli 1884.

offensichtlich von großem Einfluß auf die Entscheidungen des Kabinetts in London[42]).

Ein Fehler der französischen Politik war es schließlich, Ziele erkennen zu lassen, für die im Augenblick weder bei der Regierung noch im Volke die Absicht vorhanden war, nötigenfalls mit aller Kraft und selbst gegen die Einstellung anderer Mächte vorzugehen.

Bismarck, der ja selbst entscheidend für den Beginn einer französischen Kolonialpolitik eingetreten war, verfolgte diese Fehler der französischen Regierung, die den Erfolg der französischen Kolonialunternehmen überhaupt in Frage stellen mußten, nicht ohne Sorge. Er war sich vor allem bewußt, daß die Politik sowohl Frankreichs als auch Englands in Aegypten die Gefahr eines späteren Zusammenstoßes dieser beiden Mächte in sich schloß. Was Bismarck vermeiden wollte, war ein gemeinsames Vorgehen der beiden Mächte auf eigene Faust und ohne europäischen Auftrag, weil er überzeugt war, daß ein solches isoliertes Handeln auf die Dauer unbedingt zu einem französisch-englischen Konflikt führen müßte[43]). Solange eine Initiative zum Handeln noch ganz in französischen Händen lag[44]), und solange das unschlüssige liberale Kabinett in London sich zu eigner Politik nicht aufraffen konnte, fürchtete er, daß es zu einer übereilten und unvorsichtigen Politik der beiden Mächte kommen würde[45]).

Aus diesem Grund schien es Bismarck geraten, die Anregung, daß die Türkei in Aegypten intervenieren möge, zu unterstützen. Nach dem, was bereits über die Abneigung der französischen Regierung gegen ein solches Eingreifen der Pforte in Aegypten gesagt worden ist, bedeutet diese Tatsache, daß Bismarck in der Aegyptenfrage nicht so der französischen Linie folgte, wie er dies in anderen kolonialen Fragen unternommen hat.

Dabei kann festgestellt werden, daß die Berichte, die Courcel nach verschiedenen Gesprächen mit Bismarck über die Aegyptenfrage nach Paris erstattete, dieser Anschauung des deutschen Kanzlers nicht ohne Verständnis begegneten — wenn sie sich auch der französische Botschafter nicht zu eigen machte[46]). Die Vorstellung, daß Bismarck in Aegypten Frankreichs Politik als der des Erbfeindes gegenübertrete, spielte — solange in Aegypten eine Entscheidung noch nicht gefallen war — überhaupt keine erkennbare Rolle; vielmehr berichtete Courcel eingehend über die grundsätzlichen Aus-

[42]) vgl. Hasenclever S. 219 und Staatsarchiv, Bd. 41 (1883) Nr. 7583: Malet an Granville, 7. V. 1882.

[43]) Gr. Pol. IV. Nr. 725. Hatzfeld an Heinrich VII. Reuß, Berlin, 15. Januar 1882.

[44]) s. o. S. 22.

[45]) In dem zitierten Schreiben Hatzfelds an Reuß (Gr. Pol. IV. Nr. 725ç schreibt der interimistische Leiter des Auswärtigen Amts über die Auffassung Bismarcks: „Beim Herrn Reichskanzler hat sich seit dem letzten dualistischen Auftreten der Westmächte die Ansicht noch befestigt, daß England gegenwärtig mit einem Mangel an Vorsicht, wie er in der langen Geschichte dieses Landes kaum seinesgleichen hat, regiert wird, daß es ganz dem französischen Leitseil verfallen ist und nur noch auf französische Freundschaft rechnet."

[46]) doc. dipl. IV. Nr. 257. D. Courcel an Freycinet, Berlin, 16. II. 1882 und doc. dipl. IV. Nr. 392 D. Très confidentiel, Courcel an Freycinet, Berlin, 16. Juni 1882.

führungen, die ihm Bismarck über seinen aufrichtigen Wunsch, Frankreich durch Unterstützung in Kolonialfragen in keiner Weise zu schwächen, gemacht hat. —

Das schon angedeutete militärische Vorgehen Englands in Aegypten[47]), das dann schließlich die Entscheidung herbeiführte, und das sich in der Weise vollzog, daß die vor Alexandrien liegende Flotte am 11. und 12. zur Beschießung der Befestigungen der Stadt schritt, wurde dann aber von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der französischen Politik.

Die französischen Akten zeigen, wie das Kabinett Freycinet den Geschehnissen, die zu dieser Entscheidung hinführten, beinahe machtlos gegenübergestanden hat. Es ist schwer, sich des Eindrucks zu erwehren, daß die französische Regierung mit dem Fortgang der Ereignisse nicht mehr Schritt zu halten vermochte und von den englischen Aktion schließlich überrascht wurde[48]).

Dieser vollkommene Mangel an Aktivität ist aber gleichzeitig der Ausdruck für die Unsicherheit, in der sich die französische Regierung gegenüber den vorhandenen Schwierigkeiten befand, aus denen sie einen Ausweg nicht wußte. „La Justice", die schon einmal erwähnte Zeitung Clemenceaus, kennzeichnete die Situation richtig, wenn sie schrieb, daß die französische Regierung vor drei Möglichkeiten sich befunden hätte: Die Bejahung einer türkischen Intervention, das englisch-französische Zusammengehen ohne Europa und das Vorgehen in Gemeinsamkeit mit Europa. Freycinet habe den Fehler begangen, daß er alle drei Wege auf einmal habe beschreiten wollen[49]).

Im Lande machte sich deswegen immer mehr die Unzufriedenheit mit einer Regierung fühlbar, die Frankreich auf das Gebiet aktiver Außenpolitik hatte führen wollen, ohne in der Lage zu sein, Frankreich eine den Großmächten ebenbürtige Stellung zu geben.

Man sagt nicht zu viel, wenn man diese Monate als im höchsten Maße krisenhaft bezeichnet. Die behandelte Schwierigkeit, Politik nach außen zu treiben, ohne gleichzeitig das gute Verhältnis zu den Mächten sicher stellen zu können, veranlaßte die überwiegende Mehrheit, dringend von weiterer aktiver Politik nach außen abzuraten. Bei der Kammerberatung, in der es um die Bewilligung eines Kredits für den Schutz des Suezkanals ging, der nach den Ereignissen in Aegypten nötig geworden war, blieb die Regierung mit 75 gegen 416 Stimmen in der Minderheit.

Das Ergebnis war nicht zum letzten eine Folge der heftigen Angriffe Clemenceaus gegen Freycinet. Selbst der gemäßigte Temps hob den großen Eindruck, den die Rede Clemenceaus auf die Kammer gemacht hatte, hervor[50]). Die Sprache dieser Zeitung ist im übrigen bezeichnend für die Stimmung, die in diesen Tagen in weiten Kreisen Frankreichs geherrscht hat: „Le vote de samedi signifie: sur-

[47]) s. o. S. 23.

[48]) Der Herausgeber des fünften Aktenbandes sagte mir in einer Unterredung, wie auffallend es sei, daß Freycinet sämtliche Aktenstücke, die er unterschrieben habe, auch selbst aufgesetzt und abgeschrieben habe. Es ist erklärlich, daß Freycinet bei dem Anwachsen des Materials so die Uebersicht verloren hat.

[49]) La Justice, 20. Juli 1882.

[50]) Le Temps, 30. Juli 1882.

tout pas de risques! Eh bien, sachons n'en courir aucune. Il signifie: plus d'affaires étrangères! Eh bien, apprenons à réduire nos affaires étrangères à un minimum. Abstenons-nous, effaçons-nous, recueillons-nous, — peu importe le terme dont on désignera la nouvelle attitude de la France, — mais, au nom du ciel, qu'on sache voir et vouloir, qu'on ne refasse pas une politique semblable à celle où nous venons de rencontrer tant d'ennuis!"

La politique d'abstention va nous procurer des loisirs, et Dieu sait que nous aurons de quoi les occuper. Quand ce ne serait qu'à compléter nos institutions militaires, et à revenir par là, par la conscience de nos ressources nationales, à un sentiment un peu plus fier et plus confiant."[51])

Dieser Artikel erhält durch den Hinweis, die bisher für andere Zwecke aufgewandten französischen Kräfte allein dem Aufbau des Heeres zuzuwenden, sein besonderes Interesse.

Die nächsten Monate lassen aber die Unsicherheit erkennen, in der sich die neue Regierung unter der Leitung des Ministerpräsidenten und gleichzeitigen Außenminister Duclerc befunden hat.

Noch wußte man nicht in Paris, wie England seinen Erfolg auswerten, und wieweit es für Frankreich möglich sein werde, seine Stellung in Aegypten wenigstens annähernd neben England zu behaupten. Unverkennbar bleibt nur, daß die Entwicklung auf anderen Gebieten den schon bestehenden englisch-französischen Gegensatz noch verstärkte. Duclerc war nicht der eigentliche Vertreter jener Kreise, die eine Politik der völligen Enthaltsamkeit auf außenpolitischem Gebiet forderten. Im Gegenteil bemühte er sich offensichtlich, durch Betonung der französischen Außenpolitik kräftigend zu wirken. In Madagaskar, im Kongogebiet, in Neufundland und in Tonkin machte sich erneut die französische Tätigkeit geltend[52]).

Wichtiger erscheinen an dieser Stelle aber die Folgen, die nach dem französischen Zurückweichen in Aegypten im deutsch-französischen Verhältnis sich bemerkbar machten.

Hatte man bis jetzt die Unterstützung der französischen Kolonialpolitik durch Bismarck im allgemeinen angenommen, ohne sich Vorstellungen über die Ziele zu machen, die der deutsche Kanzler damit verfolgte, so entstanden nun in weit größerem Maße Bedenken. Das Bewußtsein, daß diese deutsche Unterstützung eine französische Niederlage und die Verschlechterung der Beziehungen zu England nicht hatte verhindern können, ließ immer stärker den Verdacht aufkommen, daß dieses Ergebnis die eigentliche Absicht des deutschen Kanzlers war. Der französische Botschafter in London, der schon eine wenig deutschfreundliche Rolle als französischer Botschafter in Konstantinopel gespielt hatte, und für den der Wille Bismarcks, Frankreich in Aegypten mit England zu verfeinden und dadurch zu schwächen, feststand, bemühte sich in seiner Berichterstattung, die französische Regierung auf diese Tatsache aufmerksam zu machen und

[51]) Le Temps, 3. August 1882.

[52]) vgl. doc. dipl. VI. Nr. 506. Duclerc an Jauréguibery, Paris, 12. Aug. 1882; doc. dipl. IV. Nr. 560. Duclerc an Ménéval (Chargé d'affaires in Lissabon), Paris, 18. Nov. 1882; doc. dipl. IV. Nr. 558, Note de l'Ambassade de Grande Bretagne, Paris, 8. November 1882, und doc. dipl. IV. Nr. 542. Lettre, Jauréguibery an Duclerc, Paris, 15. Oktober 1882.

ihr die Notwendigkeit gebesserter englisch-französischer Beziehungen selbst unter Aufgabe der französischen Stellung in Aegypten vor Augen zu führen[53]).

Es ist in der Tat festzustellen, daß die Unsicherheit bei der Beurteilung, inwieweit Bismarck mit seiner Politik der Unterstützung trotz aller seiner gegenteiligen Behauptungen Absichten verfolge, die Frankreich Schaden bringen sollten, jenes Mißtrauen erzeugte, das von nun an die französische Regierung bei ihrer Betrachtung der deutschen Politik beherrschte und sie ständig veranlaßte, die französischen Beziehungen zu England zu überprüfen. Für diese Auffassung der französischen Regierung ist die Instruktion bezeichnend, die Courcel im Dezember 1882 erhielt und die ihm vorschrieb, die deutsche Regierung nicht über den Gang der englisch-französischen Verhandlungen zu unterrichten, da Deutschland offensichtlich danach trachtete, Frankreich von England zu trennen[54]).

Es darf schließlich nicht unerwähnt bleiben, daß diese Entwicklung dazu beitrug, die französische Kolonialpolitik, die von Anfang an eine große Zahl von Gegnern in Frankreich gezählt hatte, in der öffentlichen Meinung weiterhin unbeliebt zu machen und mehr noch als vordem die französische Regierung der Unterstützung zu berauben, die sie zur erfolgreichen Durchführung der kolonialen Unternehmungen im Lande selbst nötig gehabt hätte.

Das Kabinett Duclerc blieb trotz seiner unverkennbar energischen Führung nur bis zum Februar 1883 im Amt[55]). Ferry, der neue Ministerpräsident, dem Challemel-Lacour als Außenminister zur Seite stand, fühlte sich ganz als Nachfolger und Vollender Gambettas. Wenn er seiner Ueberzeugung nach dazu bis zu einem gewissen Grad berechtigt war, so hinderte das nicht, daß die Gambettisten selbst ihn nicht als den ihren anerkannten und ihn daher auch nicht unterstützten. Dabei mögen gerade außenpolitische Fragen den Grund zu diesem Gegensatz gegeben haben. Die Aufnahme des neuen Kabinetts war im allgemeinen nicht ungünstig, da es durch die Person seines Leiters die Gewähr einer längeren Lebensdauer als die der bisherigen Regierungen versprach.

Mit Ferry gelangte der Mann an die politische Leitung, der als der ausgesprochenste Vertreter des damaligen französischen Kolonialgedankens in die Geschichte eingegangen ist. In der Tat gehört er in die Reihe der Politiker, die die Auffassung vertreten haben, daß nur

[53]) doc. dipl. IV. Nr. 539. D. Tissot an Duclerc, London, 7. Oktober 1882. Danach sei nötig: „accepter de bonne grâce les conséquences inévitables de la politique à laquelle nous nous sommes arrêtés et maintenir, même au prix d'un sacrifice, nos bons rapports avec l'Angleterre."

[54]) „Il ne serait pas sans inconvénient de conférer actuellement avec le Cabinet de Berlin des négociations pendantes entre nous et le Gouvernement anglais au sujet de l'Égypte. L'intérêt évident de l'Allemagne est de nous séparer de l'Angleterre."
doc. dipl. IV. Nr. 584. T. Duclerc an Courcel, Paris, 27. Dezember 1882.

[55]) Die Gründe für den Sturz Duclercs lagen diesmal auf innerpolitischem Gebiet und bezogen sich auf die Gesetze, die die Ausweisung der Mitglieder ehemaliger französischer Herrscherhäuser betrafen. Die Gesetze, die bei der großen republikanischen Mehrheit im Prinzip angenommen wurden, begegneten in der Durchführung aber Meinungsverschiedenheiten sowohl in der Kammer als auch im Kabinett selbst, was schließlich die Ministerkrisis herbeiführte.

eine aktive Außenpolitik in der Lage sein könne, Frankreich wieder zum Aufstieg zu verhelfen. In einem 1890 verfaßten Rechenschaftsbericht über die Tonkinangelegenheit schrieb er über die Haltung, die Frankreich gegenüber den Mächten einzunehmen habe: „La France républicaine ne saurait commettre de plus grande faute que de se renfermer dans un isolement découragé ou menaçant. Elle n'y gagnerait ni en sécurité, ni en dignité, ni en puissance."[56])

Gerade die französische Niederlage in der Aegyptenfrage war ihm der Beweis, wie nachteilig sich für Frankreich eine Politik der Selbstbeschränkung auswirken müsse[57]).

Diesem Grundsatz gemäß wurden deshalb mit dem Amtsantritt des Kabinetts Ferry die eingeleiteten französischen Kolonialunternehmen, die in der letzten Zeit z. T. vernachlässigt waren, mit dem festen Willen wieder aufgegriffen, sie zu einem entscheidenden Erfolg zu führen. Dabei widmete Ferry von vornherein seine besondere Aufmerksamkeit der Tonkinangelegenheit, die er ohne Zugeständnisse an China durchzuführen beabsichtigte. Sein erster diplomatischer Schritt war die Ersetzung des bisherigen französischen Gesandten in China, Bourée, der sich aus der Erkenntnis heraus, welchen Einsatz an Kräften eine Politik erfordern würde, die im Gegensatz zu China aufgebaut wäre, in Paris immer für ein Entgegenkommen in Peking eingesetzt hatte[58]).

Die Verkennung der Lage in Tonkin, die sich schon bei Einleitung dieses Kolonialunternehmens beobachten läßt[59]), und die hier und auch in den folgenden Monaten sich bemerkbar machte, war ein Fehler, der Ferry bei dem schließlichen Mißerfolg seiner Politik zur Last fällt. Wenn Frankreich damals mit der nötigen Aktivität und Durchschlagskraft an die Erreichung seines Zieles gegangen wäre (wozu die französische Regierung auch immer wieder von dem Nachfolger Bourées in China aufgefordert wurde), so ist anzunehmen, daß China vor dieser vollendeten Tatsache nicht Frankreich die Schwierigkeiten bereitet haben würde, mit denen die französische Regierung im späteren Verlauf zu kämpfen hatte.

Hier aber liegt die Schwierigkeit, die die gesamte französische Kolonialpolitik dieser Jahre begleitete: Die französische Regierung, die die Abneigung eines großen Teils der Kammer gegen Kolonialunternehmen kannte, und die wußte, daß die Abgeordneten schwerlich die Mittel zur Verfügung stellen würden, die allein zu einem schnellen Erfolg führen würden, versuchte, durch geringen Kraftaufwand und durch Verhandeln allmählich das erstrebte Ziel zu erreichen.

Beim Tunisunternehmen war ein solcher Weg schließlich möglich gewesen; in der Tonkinfrage, über die wegen der räumlichen Entfernung und wegen der diplomatischen Gegebenheiten nur schwer ein sicheres Bild zu gewinnen war, sollte es sich aber herausstellen, daß

---

[56]) Ferry im Vorwort zu „Tonkin et la Mère-Patrie" (1890) „Discours", Bd. V, S. 554.

[57]) s. Ferry: Discours, Bd. V. S. 555.

[58]) doc. dipl. V. Nr. 6. T. Challemel-Lacour an Bourée, Paris, 5. März 1883.

[59]) vgl. z. B. doc. dipl. III. Ur. 224. D. confidentiel, Freycinet an Jauréguibery, Paris, 26. Juli 1880.

eine solche Politik nicht zum Ziel führte; die französische Regierung wurde schließlich zu einer Anstrengung in einem Ausmaß gezwungen, wie sie im Anfang nicht beabsichtigt war und wie sie dann in der Tat eine Stimmung in der Kammer erzeugte, der gegenüber Ferry sich nicht mehr zu halten vermochte. Nach dem Studium der Akten bleibt der Eindruck bestehen, daß für die Regierung ein Handeln, das selbst von vornherein einen gewissen Widerstand der Kammer hätte überwinden müssen, erfolgreicher gewesen wäre als die verfolgte Politik, die an dem stetig abnehmenden Mehrheitsverhältnis bei den sich wiederholenden Abstimmungen für Kreditbewilligungen den immer stärker schwindenden Rückhalt erkennen ließ, auf den Ferry sich in Frankreich stützen konnte.

Bismarck, der wohl wußte, daß die französische Regierung in den für Kolonialpolitik verfügbaren Mitteln beschränkt war, verfolgte besorgt diese Fehler der französischen Kolonialpolitik[60]). Im Mai 1883 ließ er durch Bleichröder in Paris wissen, daß er zwar weiterhin die französische Kolonialpolitik mit dem gewohnten Wohlwollen zu unterstützen beabsichtige, daß er aber warne, die vorhandenen Kräfte in zu viele Einzelunternehmen zu zersplittern. Gerade im Hinblick auf die ernsthafte Aufgabe in Tonkin wies er auf die Notwendigkeit hin, die französische Kolonialpolitik nicht zu ausgedehnt werden zu lassen[61]).

In eindringlicher Form drückte Bismarck diese Ideen in einem Gespräch mit Courcel aus, das beide über die Tonkinfrage im Dezember 1883 in Friedrichsruh hatten. Der Kanzler betonte, daß durch das Fehlen genügender Truppen, die durch andere Kolonialunternehmen gebunden seien, die Politik in Tonkin von vornherein eine Richtung eingeschlagen habe, die eine Gefahr für ihren Ausgang darstellen könne[62]).

Diese Entwicklung der französischen Kolonialpolitik führte der französischen Regierung im Laufe der Zeit immer deutlicher vor Augen, daß das französisch-englische Verhältnis bei einer solchen Sachlage sich dauernd verschlechtern müsse. Daß England wegen Madagaskar in Unstimmigkeiten mit Frankreich geriet, war verständlich[63]). Aber auch die Tonkinangelegenheit zeigte der französischen Regierung, daß man in London das Vorgehen Frankreichs nur ungern sah[64]). Und schließlich deckte die Entwicklung in Aegypten, als es immer mehr offenbar wurde, daß England das Land nicht wieder verlassen würde, den englisch-französischen Gegensatz mit aller Deutlichkeit auf[65]).

---

[60]) doc. dipl. V. Nr. 42. T. Courcel an Challemel-Lacour, Berlin, 29. V. 1883 und doc. dipl. V. Nr. 166. D. confidentiel, Courcel an Ferry, Berlin, 13. XII. 1883.

[61]) doc. dipl. V. Nr. 42. T. Courcel an Challemel-Lacour, Berlin, 29. Mai 1883.

[62]) doc. dipl. V. Nr. 166. D. confidentiel. Courcel an Ferry, Berlin, 13. Dezember 1883.

[63]) doc. dipl. V. Nr. 41. Tissot an Challemel-Lacour, London, 27. Mai 1883.

[64]) doc. dipl. V. Nr. 155. T. Waddington (jetzt Botsch. in London) an Ferry, London, 10. März 1883.

[65]) doc. dipl. V. Nr. 200. Barrère (Chargé de l'Agence et du Consulat Général de France en Egypte) an Ferry, Kairo, 9. Februar 1884.

In der Tat war die Sprache, die in dieser Zeit von englischen Stellen über die französische Politik geführt wurde, sehr unfreundlich. Granville schrieb im März 1883 an die Königin: "The conduct of the French Government is as bad as possible", und Victoria antwortete: "Are we to let the French go on taking what they like with impunity? First Tunis and now Madagaskar? It will have the very worst effect."[66])

Die Hinweise Bismarcks wegen der zu ausgedehnten Kolonialpolitik und die Erkenntnis von den wachsenden Schwierigkeiten mit England trugen offensichtlich dazu bei, die französische Regierung schließlich zu veranlassen, in Madagaskar vorläufig von einem französischen Vorgehen Abstand zu nehmen und sich mit der dortigen Regierung zu vergleichen[67]).

Diese Haltung Bismarcks gegenüber der französischen Kolonialpolitik ist deswegen von so großer Bedeutung, weil sie den tatsächlichen Willen Bismarcks erkennen läßt, uneigennützig Frankreich auf diesem Gebiet zu unterstützen. Hätte es allein in seinem Sinn gelegen, die französische Regierung durch diese Politik in gefährliche Unternehmen zu stürzen, deren Ergebnis mit großer Wahrscheinlichkeit negativ sein würde, so hätte er folgerichtig gehandelt, wenn er Ferry zu einer möglichst ausgedehnten und weitverzweigten Kolonialpolitik ermutigt hätte. Weil er sich aber bewußt war, daß eine solche Entwicklung, die zum Zusammenbruch der französischen Kolonialpolitik führen müßte, nur den verstärkten Haß aller Franzosen gegen Deutschland zur Folge haben würde, bemühte er sich ernstlich um den Erfolg der französischen Kolonialunternehmen[68]).

Es muß zugegeben werden, daß sich Ferry bei seiner Kolonialpolitik Widerstände entgegengestellt haben, die eine gradlinige Durchführung seiner Absichten sehr erschwert haben. Schwierigkeiten bot ihm zunächst die Persönlichkeit seines Außenministers Challemel-Lacour, der durch die Gefahr eines möglichen Mißerfolges, den er aus dem ungleichen Verhältnis von zu lösenden Aufgaben und dafür vorhandenen Mitteln befürchtete, veranlaßt wurde, für den fast völligen Verzicht auf eine französische Kolonialpolitik einzutreten. Dabei stand Challemel-Lacour wegen der kontinentalen Aufgaben Frankreichs den Kreisen sehr nahe, die eine französische Kolonialpolitik überhaupt für abwegig hielten[69]).

[66]) Letters, II, 3, S. 414/415.

[67]) doc. dipl. V. Nr. 188. T. Ferry an Ledoulx (Konsul in Sansibar), Paris, 11. Januar 1884.

[68]) Kurz vor dem Sturz Freycinets hat Courcel ein bemerkenswertes Gespräch mit Bismarck gehabt, in dem dieser dem französischen Botschafter seine Politik auseinandersetzte: „Vous affaiblir? mais c'est une mauvaise politique, une politique qui ne prévoit pas l'avenir, que celle qui tend à faire du mal à son voisin, seulement pour le maintenir dans un état de faiblesse. L'afaiblissement est passager et les ressentiments que l'on crée sont durables. On ménage donc à son propre pays, pour plus tard, des haines et des dangers." (doc. dipl. IV. Nr. 392. D. très confidentiel, Courcel an Freycinet, Berlin, 16. Juni 1882.)

[69]) doc. dipl. V. Nr. 80. Lettre privée, Challemel-Lacour an Ferry, Paris, 19. August 1883 (entnommen der Fondation Ferry).

Der Herausgeber dieses Aktenbandes hat eine ganze Anzahl von Briefen aufgenommen, die nicht aus dem Archiv des französischen Ausw. Amts, sondern aus dem persönlichen Nachlaß Ferrys stammen, der sich zu einem

Dieser Gegensatz zwischen Challemel-Lacour und Ferry veranlaßte den Außenminister, dessen Reizbarkeit durch schwere Krankheit zeitweilig jeden persönlichen Verkehr mit ihm unerträglich machte, wiederholt dazu, dem französischen Ministerpräsidenten seine Demission in Augenblicken anzubieten, als durch die unfreundliche Haltung der Kammer ein festes und geschlossenes Auftreten der Regierung besonders notwendig schien[70]). Der Zustand wurde immer unhaltbarer, als Challemel-Lacour durch seine Krankheit oft längere Zeit von Paris abwesend war, und es dadurch an einer einheitlichen Führung des Außenministeriums fehlte. Ferry, der über Challemel-Lacour wegen seiner häufigen Demissionsdrohungen in Briefen an seine Frau von dem „ministre Damoclès" sprach, fühlte sich durch diesen Sachverhalt in seiner Politik sehr behindert und setzte deswegen dem im November 1883 erfolgten Ausscheiden Challemel-Lacours aus dem französischen Kabinett keine Schwierigkeiten entgegen. Seit diesem Augenblick übernahm Ferry selbst die Leitung des französischen Außenministeriums.

Eine andere Schwierigkeit, mit der Ferry bis zum Schluß zu kämpfen hatte, war die Unmöglichkeit, mit China fruchtbare diplomatische Verhandlungen zu führen. Nicht nur, daß zur selben Zeit in Peking und Paris verhandelt wurde, und daß selbst in London, wo der chinesische Botschafter in Paris gleichfalls akkreditiert war, und in Berlin, das nach dem Abbruch der normalen diplomatischen Beziehungen zwischen China und Frankreich der Ort war, wo eine Berührung beider Mächte noch möglich war, Fäden geknüpft wurden; diese ganzen Verhandlungen waren vielmehr durch die Tatsache gekennzeichnet, daß es nicht möglich war zu wissen, welche von diesen Instanzen die für die Verhandlungen verantwortliche Stelle war. Indem sie alle den Franzosen gegenüber ihr alleiniges Recht beteuerten, in Gedankenaustausch mit Frankreich zu treten, war es lange Zeit unmöglich, die Verhandlungen auch nur einen Schritt vorwärts zu bringen — was im übrigen der Zweck der chinesischen Verschleppungspolitik war[71]).

Auf diese Schwierigkeiten, die mit dem deutsch-französischen Verhältnis zunächst nichts zu tun haben, ist eingegangen worden, weil die Folgezeit den Beweis erbringen sollte, wie stark das Ergebnis dieser französischen Außenpolitik von Einfluß auf die Einstellung Frankreichs zu Deutschland war. Die Kenntnis der Ursachen, die zu Ferrys Scheitern geführt haben, und die gerade zu zeigen geeignet waren, wie von deutscher Seite eher versucht worden ist, die französische Politik in eine Richtung größerer Erfolgsaussichten zu führen, ist aufschlußreich für die Wertung der Verurteilung, die diese französische Kolonialpolitik durch die überwiegende Mehrheit in Frankreich erhalten hat, und die auf dem Vorwurf begründet ist, daß sie

Teil in den Händen von Mme Abel Ferry, zum andern bei der Fondation Ferry an der Sorbonne befindet. Wie mir der Herausgeber mitgeteilt hat, ist bei Zusammenstellung dieses fünften Aktenbandes der documents diplomatiques versucht worden, den persönlichen Anteil Ferrys an der Kolonialpolitik ins rechte Licht zu rücken und Vorwürfe zu entkräften, wonach Ferry deutsche und nicht französische Politik getrieben habe.

[70]) Mitteilung des Herausgebers der Akten.

[71]) vgl. doc. dipl. V. Nr. 58. T. Tricou (Envoyé extraordinaire de France à Pékin) an Challemel-Lacour, Schanghai, 5. Juli 1883.

nur dem deutschen Interesse gedient habe. Die Tatsache, daß Frankreich zunächst geschwächt aus der Kolonialpolitik hervorgegangen ist, schien die Annahme zu bestätigen, daß diese Politik, die erst durch die Unterstützung des deutschen Kanzlers ermöglicht wurde, von Bismarck eingeleitet sei, um durch die dauernde Schwächung Frankreichs die Stellung Deutschlands auf dem Kontinent für lange Zeit zu sichern. Diese weit verbreitete französische Vorstellung schien um so gerechtfertigter zu sein, als zur gleichen Zeit, da sich die französische Kolonialpolitik vor ernsten Schwierigkeiten befand, in Europa selbst die vereinsamte Stellung Frankreichs verstärkt hervortrat. Eine vorübergehende deutsch-russische Spannung im Sommer des Jahres 1883 hatte keine weiteren Folgen. Die Ernennung des Prinzen Orlows, des bisherigen Vertreters Rußlands in Paris, zum Botschafter in Berlin ließ auch in Frankreich, wo man auf die deutsch-russische Entfremdung eine gewisse Hoffnung gesetzt hatte, erkennen, daß die Spannung zwischen den beiden Mächten nicht nur ausgeglichen, sondern einer verstärkten Annäherung Platz gemacht hatte[72]). — Es mag an dieser Stelle daran erinnert werden, daß im März 1884 das Dreikaiserverhältnis auf drei Jahre erneuert worden ist.

Gleichzeitig wurde in Paris bekannt, daß eine Reise des deutschen Kronprinzen nach Madrid und Rom von sehr günstigem Einfluß auf die deutsch-italienischen Beziehungen gewesen war[73]). Daneben ließ die Reise erkennen, wie nun auch Spanien, von dem man einen solchen Schritt bereits einmal im Januar 1880 gefürchtet hatte[74]), Anschluß an Deutschland suchte[75]), während schon einige Wochen vorher die Bemühungen Rumäniens, sich dem Zweibund anzunähern, von französischer Seite verzeichnet wurden[76]).

Gerade das Hinüberschwenken Spaniens zur Mächtegruppe um Deutschland war Frankreich erneut Anlaß gewesen, die Schwierigkeit der französischen Situation zu begreifen, da die Umstände, die die neue Richtung der spanischen Politik noch beschleunigte, eng mit Frankreich zusammenhingen. Dem spanischen König war anläßlich einer Deutschlandreise, die dem Besuch des deutschen Kronprinzen in Madrid vorausgegangen war und deren Zustandekommen bereits in Frankreich Beunruhigung ausgelöst hatte[77]), ein in Straßburg stationiertes Ulanenregiment verliehen worden. Der Eindruck, den diese politisch unkluge Ehrung des spanischen Königes, gegen die sich Bis-

[72]) doc. dipl. V. Nr. 160 Lettre privée (Papiers de Mme Abel Ferry) Courcel an Ferry, Berlin, 11. Dezember 1883.

[73]) doc. dipl. V. Nr. 176. D. Decrais (Botsch. in Rom) an Ferry, Rom, 22. Dezember 1883.

[74]) doc. dipl. III. Nr. 293. D. Jaurès an Barthélemy Saint-Hilaire, Madrid, 10. November 1880.

[75]) doc. dipl. V. Nr. 176.

[76]) doc. dipl. V. Nr. 91. T. Ring (Gesandter in Bukarest) an Challemel-Lacour, Sinaia, 7. September 1883.

[77]) Courcel schrieb im Mai 1883 über diese Reise des spanischen Königs an Challemel-Lacour: „Sera-t-il chargé de débattre et d'arrêter les termes d'une entente secrète, qui rattacherait définitivement l'Espagne au système politique de l'Allemagne, et assurerait à celle-ci une garantie de plus contre tout dérangement du côte de la France, pendant qu'elle poursuivrait l'accomplissement de ses desseins en Orient?"
doc. dipl. V. Nr. 77. D. confidentiel, Berlin, 14. Mai 1883.

marck vergeblich ausgesprochen hatte[78]), in Frankreich auslöste, war gewaltig und rief in der gesamten Presse einen Sturm der Empörung hervor, der nicht nur Alfons, sondern auch die deutsche Regierung traf, schien es doch so, als ob diese Ernennung zu dem ausgesprochenen Zweck erfolgt sei, Frankreich zu demütigen und ihm seine völlig wehrlose und abhängige Lage vor Augen zu führen. Der lärmende Empfang, den die Pariser Bevölkerung dem spanischen König auf seiner Rückreise bereitete, und der ihn veranlaßte, seinen dortigen Aufenthalt abzukürzen, war geeignet, erneut die Kluft hervorzukehren, die zwischen dem republikanischen Frankreich und den übrigen Mächten Europas bestand. Der französische Botschafter in Wien schrieb zu den Ereignissen: „Nous perdrons l'amitié de l'Espagne et la bonne opinion du monde."[79])

Die französische Regierung stand dieser Entwicklung nicht ohne Bedenken gegenüber. Zwar ist eine Änderung in den Bemühungen Deutschlands und Frankreichs, im gegenseitigen Verkehr sich entgegenzukommen, nicht zu verzeichnen. Courcel hatte im Jahre 1883 immer wieder Gelegenheit, auf den guten Willen und den freundschaftlichen Ton der deutschen Regierung zu verweisen[80]). Aber es ist deutlich, wie die Verschlechterung der internationalen Lage Frankreichs, die eng mit der Politik Bismarcks zusammenhing, die verantwortlichen französischen Stellen in der Beurteilung der Politik des deutschen Kanzlers immer unsicherer werden ließ. Die französischen Akten zeigen, wie das Mißtrauen, auf das schon wiederholt hingewiesen worden ist, im Jahre 1883 verstärkt zum Durchbruch gelangte, und wie die Vorstellung immer mehr Gestalt gewann, daß Bismarcks Ziel bei seiner Unterstützung der französischen Kolonialpolitik letzten Endes doch Frankreich zum Schaden gereichen sollte. Es ist auffallend, welche Rolle auf einmal die Klagen spielten, die von französischer Seite gegen die unfreundliche Sprache der deutschen Presse erhoben wurden, und wie man sich bemühte, hinter solchen Äußerungen die wahre Meinung Bismarcks zu entdecken[81]). Diese Unsicherheit in der Beurteilung der deutschen Politik findet einen deutlichen Niederschlag in der völligen Verkennung, mit der gerade der französische Botschafter in Berlin die Lage auffaßte. Während Saint-Vallier seiner Zeit ziemlich klar eingesehen hatte, wie Bismarck bei seiner Unterstützung der französischen Kolonialpolitik und bei der Gestaltung der deutschen Beziehungen zu den anderen europäischen

[78]) Hohenlohe, II. S. 341. Aufz. v. 24. Oktober 1883.

[79]) doc. dipl. V. Nr. 109. Fouché de Careil an Ferry, Wien, 28. September 1883.

[80]) vgl. z. B. doc. dipl. V. Nr. 3, 25. Okt. 1883; Nr. 42, 29. Mai 1883; Nr. 96, 10. Sept. 1883; Nr. 166, 13. Dez. 1883; Nr. 204, 19. Febr. 1884; Nr. 207, 27. Febr. 1884.

[81]) Indem Courcel auf den offiziösen Charakter eines großen Teiles der deutschen Presse hinweist, gibt er an Hand eines Artikels ein Beispiel für den Gang der deutschen Politik: „Tandis que la chancellerie impériale imprime à ses rapports officiels avec le Gouvernement français un caractère de grande courtoisie, souvent même de bon vouloir marqué, la presse, la littérature, la science allemandes entretiennent avec persévérance et alimentent chaque jour par des applications ou des démonstrations nouvelles un courant de violente et profonde animosité contre la France." doc. dipl. V. Nr. 3. D. Courcel an Challemel-Lacour, Berlin, 25. II. 83.

Mächten vor allem die Sicherung des neuen Reiches im Auge habe[82]), wie also seine Ziele defensiver Natur seien, sah Courcel im deutschen Kanzler nur den reinen Machtpolitiker, dessen Streben nach der erfolgten Unterwerfung Frankreichs nun auf die Zerstörung der slawischen Macht im Osten ausgehe, um auf diese Weise die deutsche Hegemonie in der Welt festzulegen[83]). In diesem Zusammenhang schien dem französischen Botschafter die Ablenkungspolitik Bismarcks zu Frankreich allein den Sinn zu haben, sich für diese deutsch-russische Auseinandersetzung den Rücken zu sichern.

Die französischen Akten reichen nicht aus, um feststellen zu können, inwieweit Ferry die Bedenken seines Botschafters geteilt hat. Soviel läßt sich aber sagen, daß solche Vermutungen dazu beigetragen haben, das Mißtrauen der französischen Regierung gegen Bismarcks Politik zu vergrößern, das seit der Niederlage Frankreichs in Aegypten überall Eingang gefunden hatte[84]). Das französische Gefühl, daß durch diese Entwicklung die Vereinsamung Frankreichs vollkommen war, zumal man sich der Unmöglichkeit bewußt wurde, auf England in der kommenden Zeit zählen zu können, sowie die Vorstellung, daß Frankreich ohnmächtig dieser Tatsache gegenüberstand, bewirkte, daß von französischer Seite die Lage für sehr ernst angesehen wurde und die Voreingenommenheit gegen Berlin wuchs[85]). Es ist gleichzeitig erklärlich, daß nicht nur in der öffentlichen Meinung Frankreichs durch diese Entwicklung der Widerstand gegen eine französische Kolonialpolitik sich verstärkte, sondern daß die Bedenken, mit denen die französische Regierung selbst dieser Tatsache gegenübertrat, die Durchschlagskraft für die weiteren französischen Kolonialunternehmen wesentlich hemmte.

Das zwiespältige Interesse der französischen Politik, die einerseits nach Kolonialpolitik strebte, die aber andererseits eine weitere Verschlechterung der Stellung Frankreichs zu den Mächten auf alle Fälle verhindern wollte, trat deutlich in der folgenden Entwicklung zu Tage: Durch die weiter wachsenden Schwierigkeiten in Aegypten sowie nach dem Bekanntwerden des englisch-portugiesischen Kongovertrages verschlechterte sich das Verhältnis Frankreichs zu England

---

[82]) s. o. S. 14 und vgl. doc. dipl. IV. Nr. 39. D. confidentiel. Saint-Vallier an Barthélemy Saint-Hilaire, Berlin, 21. Juni 1881.

[83]) In einem Privatbrief schrieb Courcel im Dez. 1883 an Ferry: „il ne considéra son oeuvre comme achevée et comme véritablement mise à l'abri des retours de la fortune que le jour où il aura définitivement garanti sa patrie contre le péril moscovite." doc. dipl. V. Nr. 180, Berlin, 31. Dez. 1883 (Papiers de Mme Abel Ferry).

[84]) Das Fehlen jeder Antwort auf die Mitteilungen Courcels ist nicht weiter verwunderlich, da es sich um Privatbriefe des französischen Botschafters handelt und ein Fehlen der Antworten in der offiziellen Aktensammlung seine berechtigten Gründe haben kann.

Für das bessere Verständnis der Persönlichkeit Ferrys wäre es wünschenswert, wenn die Fondation Ferry an der Sorbonne und Mme Abel Ferry, die Nichte des Staatsmannes sich entschließen würden, das vorhandene Material zu veröffentlichen. Nach einer Mitteilung durch den Herausgeber des fünften Aktenbandes der documents diplomatiques ist aber mit einer solchen Veröffentlichung vorläufig nicht zu rechnen.

[85]) doc. dipl. V. Nr. 204. Lettre privée (Papiers de Mme Abel Ferry) Courcel an Ferry, Berlin, 18. Febr. 84.

ständig und stellte die französische Politik vor immer schwierigere Aufgaben.

Die Entwicklung der Aegyptenangelegenheit bis zu dem Augenblick, wo Frankreich sich von einer weiteren Verfolgung seiner dortigen Interessen vorläufig zurückgezogen hatte, ließ bereits erkennen, daß die französische Regierung einem Bruch mit England auf jeden Fall aus dem Weg gehen wollte. Die zu Beginn des Jahres 1884 wieder stärker einsetzende Beschäftigung mit der Aegyptenfrage sollte diesen Wunsch der französischen Regierung vollauf bestätigen. Im April wurde in Paris der englische Vorschlag bekannt, eine Liquidationskonferenz zu berufen, die sich mit der Reglung der immer noch schwebenden ägyptischen Angelegenheiten beschäftigen sollte[86]).

Obwohl Ferry im Interesse der französischen Stellung in Aegypten am liebsten eine Politik verfolgt hätte, die den Gegensatz zu der Entwicklung, wie sie durch das englische Vorgehen entstanden war, deutlich hervorkehrte und die zunächst ihren Ausdruck in der Ablehnung der englischen Konferenzeinladung gefunden hätte, lassen die Zugeständnisse, die Frankreich im Lauf der Vorverhandlungen der englischen Regierung machte, die Bemühungen erkennen, den drohenden Bruch zu vermeiden[87]). Dabei mag allerdings die Ueberzeugung mitgespielt haben, daß einige Konzessionen zur Erhaltung der französischen Stellung in Aegypten überhaupt nötig seien.

Die wiederholte Beschäftigung mit den Zielen, die Bismarck in seiner Aegyptenpolitik verfolge, zeigt aber, wie stark vor allem die Bedenken, mit denen Frankreich die deutsche Politik begleitete, von Einfluß waren. Ferry, der im März ein Gespräch mit Bleichröder hatte, schrieb damals in seinen Aufzeichnungen, daß er den Eindruck habe, Bismarck wolle es in Aegypten zum englisch-französischen Zusammenstoß kommen lassen, ohne daß aber der Verdacht entstehen könne, daß er seine Hand im Spiele habe[88]).

Die Londoner Aegyptenkonferenz, die auf den englischen Vorschlag hin Ende Juni 1884 zusammentrat, läßt dann die französischen Bemühungen erkennen, durch Zusammenfassung des Widerstandes der Mächte gegen das englische Vorgehen die französische Stellung zu stärken[89]). In der Tat kann man feststellen, daß England auf der Konferenz ziemlich isoliert dastand, und daß vor allem Deutschland

[86]) doc. dipl. V. Nr. 235. T. Waddington an Ferry, London, 14. Apr. 84.

[87]) doc. dipl. V. Nr. 294. T. très confidentiel, Waddington an Ferry, London, 7. Juni 1884.

[88]) doc. dipl. V. Nr. 227. Paris, März 1884. (Papiers de Mme Abel Ferry).

Diese Aufzeichnung ist deswegen so interessant, weil die französischen Akten nur sehr wenige Stücke gerade für diese Zeit enthalten, die eine grundsätzliche Beurteilung der Lage durch die Regierung selbst darstellen. Die französische Anschauung ist fast nur den Ausführungen der Botschafter bzw. der Gestaltung der französischen Politik selbst zu entnehmen.

[89]) Ferry hatte bereits im April bei Bekanntwerden des englischen Konferenzvorschlages an den französischen Botsch. in Rom geschrieben: „Je crois le contrôle à deux mort et enterré. Il y a des compromis qu'on ne refait pas, quand les événements les ont brisés. Je crois que notre politique en Egypte doit être désormais une politique internationale, que le plus grand danger que nous puissions courir, c'est l'installation définitive de l'Angleterre en Egypte, sous la forme de protectorat." doc. dipl. V. Nr. 239. Ferry an Decrais, 17. IV. 84. (Lettre privée).

durch das englische Verhalten zur deutschen Kolonialpolitik veranlaßt wurde, Frankreich tatkräftig zu unterstützen[90]).

Aber gerade diese betonte Unterstützung durch die deutsche Politik gab dem französischen Mißtrauen neue Nahrung und befestigte noch den Glauben, daß Bismarcks einziges Ziel der englisch-französische Bruch darstelle[91]). Ferry war überzeugt, daß Bismarck das Scheitern der Konferenz, zu dem es durch die Haltung Granvilles am 2. August 1884 kam, nicht verhindert hatte, um eine englisch-französische Enigung unmöglich zu machen[92]).

Während sich also in Frankreich die Bedenken verstärkten, mit denen der seit 1878 eingeleitete Gang der Politik verfolgt wurde, und während es gerade zu dieser Zeit in der französischne Bevölkerung zu verschiedenen schweren Haßausbrüchen gegen Deutschland kam[93]), ließ sich Bismarck in der Weiterverfolgung seiner zu Frankreich eingeleiteten Politik nicht beirren. In einer viel beachteten Reichstagsrede vom 26. Juni 1884 betonte er vor aller Oeffentlichkeit, wie die augenblicklichen deutsch-französischen Beziehungen durch gegenseitiges Vertrauen und durch Aufrichtigkeit bestimmt seien[94]).

Die Entwicklung der europäischen Lage veranlaßte Bismarck, die Linie der deutsch-französischen Annäherung sogar noch stärker zu betonen. Zwischen Deutschland und England war es seit der Aufnahme einer deutschen Kolonialpolitik zu wachsenden Schwierigkeiten gekommen, da England dieser deutschen Kolonialentwicklung überall Hindernisse in den Weg legte. Angesichts dieser Lage äußerte sich Bismarck im August 1884: „Den Bruch mit England zu beschleunigen, sei nicht ratsam. Träte er ein, so sei er hinzunehmen und seine natürliche Folge ein näherer Anschluß an Frankreich[95]).

Der Abbruch der Londoner Aegyptenkonferenz, durch den der Abstand Englands zu den übrigen Mächten und vor allem zu Frankreich sich offen dargestellt hatte, schien Bismarck als der geeignete Augenblick, dem deutsch-französischen Zusammengehen durch Vorbereitung und Abschluß eines Abkommens den Stempel besonderer Bedeutung aufzudrücken. Gelegenheit dazu bot ihm die beiderseitige Ablehnung jenes englisch-portugiesischen Kongovertrages vom Februar 1884[96]).

In Frankreich war man überzeugt, daß der englisch-portugiesische Kongovertrag dem Zwecke dienen sollte, dem französischen Einfluß in Mittelafrika, der seit den Forschungsreisen Brazzas im steten Auf-

---

[90]) vgl. doc. dipl. V. Nr. 339. T. Waddington an Ferry, London, 15. Juli 1884.

[91]) doc. dipl. V. Nr. 346. Courcel an Ferry, Berlin, 28. Juli 1884.

[92]) vgl. Gr. Pol. III. Nr. 682. Hatzfeld an Bismarck (z. Z. in Varzin), Berlin, 14. August 1884 und doc. dipl. V. Nr. 391. T. Ferry an Courcel, 8. Sept. 1884.

[93]) anläßlich der Anwesenheit eines deutschen Zirkus in Nancy und vor einem Hotel in Paris, wo zwei deutsche Fahnen zerrissen wurden. doc. dipl. V. Nr. 330. D. Ferry an Courcel, Paris, 3. Juli 1884 und doc. dipl. V. Nr. 337. Très urgent, Billot (Directeur des aff. politiques) an Courcel, Paris, 15. Juli 1884.

[94]) Bismarck, Gesammelte Werke, Band XII. S. 490.

[95]) Gr. Pol. IV. Nr. 750. Aufzeichnungen Graf Wilhelm von Bismarcks, Varzin, 23. August 1884.

[96]) s. o. S. 34.

stieg begriffen war, einen Riegel vorzuschieben[97]). Ferry bemühte sich daher sofort, die Mächte, die ihrerseits ein Interesse haben konnten, ein Inkrafttreten des Vertrages zu verhindern, zu veranlassen, dagegen Stellung zu nehmen. In diesem Sinne hatte er sich auch sofort an Bismarck gewandt, um ihn darauf hinzuweisen, daß die in dem Abkommen vorgesehenen Bestimmungen Deutschland nicht gleichgültig sein könnten[98]).

Es ist bekannt, daß Bismarck angesichts der englischen Haltung in kolonialen Fragen in der Tat bei der Behandlung des durch den Vertrag geschaffenen Zustandes gleiche Politik mit Frankreich trieb. Aber schon damals wurde gleichzeitig in Paris gefürchtet, daß Bismarck in der Politik gegen England viel weiter gehen werde, als Frankreich lieb sein konnte[99]). Man besorgte, daß Bismarck im Streben, die eigene Kolonialpolitik durchzusetzen, eine englisch-französische Auseinandersetzung herbeizuführen trachtete, um auf diese Weise England gegenüber Deutschland zu schwächen. Diese französischen Bedenken nahmen zu, als der deutsche Kanzler nach Scheitern der Londoner Aegyptenkonferenz im August bei dem verstärkten Gegensatz zu England dem französischen Botschafter den Vorschlag unterbreiten ließ, wegen Westafrikas „gemeinsam ein Abkommen zu entwerfen, vermöge dessen die Freiheit des Handels mit dem bisher unter keiner europäischen Jurisdiktion stehenden Küstenstrichen für die Teilnehmer an dem Vertrag gewährleistet wird"[100]). Als daher Hatzfeld in Berlin zum ersten Mal mit Courcel den Plan durchsprach, wies der französische Botschafter sofort auf die Gefahr hin, die für das isolierte Frankreich ein Bruch mit England in sich schließe[101]).

Es war aber noch eine zweite Ueberlegung, die die französische Regierung veranlaßte, dem Vorschlag Bismarcks mit Zurückhaltung zu begegnen:

Wenn zu dem englisch-französischen Gegensatz jetzt ein ähnlicher englisch-deutscher hinzutrat, so entsprang ein Zusammengehen Frankreichs und Deutschlands nicht mehr allein den taktischen Erwägungen, die früher zu einer Annäherung der beiden Mächte geführt hatten, sondern das bedeutete, daß die Grundlage für diese gemeinsame Front auf einmal durch die Gleichheit der Interessen gegeben war.

Wenn Bismarck sich nicht getäuscht hatte, daß der Abbruch der Londoner Konferenz Ferry für seinen Plan besonders empfänglich machen mußte, so stand dem aber auch der feste Wille Frankreichs seit der Einleitung der deutsch-französischen Annäherung gegenüber, dieses Zusammengehen nicht zu einer interessenmäßigen Bindung der französischen Politik werden zu lassen. Die seit 1871 bestehenden Ziele Frankreich, deren Verwirklichung in der Zukunft lagen und

---

[97]) doc. dipl. V. Nr. 214. D. Waddington an Ferry, London, 4. März 1884.

[98]) doc. dipl. V. Nr. 226. D. Ferry an Courcel, Paris, 31. März 1884.

[99]) doc. dipl. V. Nr. 270. D. confidentiel, Courcel an Ferry, Berlin, 11. Mai 1884.

[100]) Gr. Pol. III. Nr. 680. Bismarck an Hatzfeld, Varzin, 7. Aug. 1884.

[101]) „Je répliquai que les risques d'une brouille avec l'Angleterre seraient bien autrement redoutables pour nous, puisque nous étions isolés." doc. dipl. V. Nr. 372. Courcel an Ferry, Berlin, 17. Aug. 1884.

deren Lösung die deutsch-französische Auseinandersetzung zur Voraussetzung hatte, zwangen Frankreich, eine Politik zu vermeiden, die durch die Bindungen an Deutschland die Handlungsfreiheit Frankreichs stark beeinträchtigte. Ein taktisches Zusammengehen ließ sich jeden Augenblick aufgeben, eine Politik, die auf Interessengemeinschaft beruhte, band Frankreich dagegen viel stärker an die politische Linie, die es eingegangen war.

Die französischen Akten zeigen, wie diese Bedenken sich sofort einstellten, als die deutsche Anregung den französischen Stellen unterbreitet wurde. Courcel, dem die Vorschläge Bismarcks zunächst bekannt gegeben wurden, ließ in seinem Bericht nach Paris von vornherein erkennen, daß Frankreich vermeiden müsse, durch diese Entwicklung in eine Art Bündnisverhältnis zu Deutschland zu treten. Indem er die deutsche Regierung durchaus ermutigte, die vorgeschlagene Linie weiter zu verfolgen, wies er gleichzeitig auf die Notwendigkeit hin, zuerst die einzelnen Punkte festzulegen, in denen ein deutsch-französisches Zusammengehen möglich wäre, und lehnte es ab, ein Abkommen über ein so weit zu fassendes Prinzip wie das der Handelsfreiheit an der Westküste Afrikas einzugehen, dessen Auswirkungen vorläufig noch unbekannt sein mußten und Frankreich weit über das hinaus verpflichten konnten, was es zuzugestehen gewillt war[102]).

Die Haltung, die schließlich die französische Regierung zu dem deutschen Plan einnahm, zeigte ganz jene Vorsicht an, die durch die verschiedenen Bedenken gegeben schien. Ferry bemühte sich, von Anfang an eine Entwicklung zu vermeiden, die zu der möglichen englisch-französischen Auseinandersetzung führen könne. Dabei ist es aufschlußreich, daß der Weg, auf dem der französische Ministerpräsident dies zu erreichen glaubte, ganz demjenigen entsprach, den er bereits einmal eingeschlagen hatte, als er sich vor der Londoner Aegyptenkonferenz bemühte, durch Betonung der europäischen Interessen England von der Verfolgung seiner für Frankreich gefährlichen Ziele abzubringen, ohne daß in London das klare Bewußtsein entstehen könne, inwieweit die französische Politik diese Wendung der Dinge verursacht habe[103]). In diesem Sinn griff Ferry den Vorschlag Bismarcks auf, zur zukünftigen Sicherung der Handelsfreiheit an der westafrikanischen Küste in Verhandlungen zu treten, indem er an die schon vorhandene Idee einer allgemeinen Kongokonferenz anknüpfte. Dabei hoffte er, daß einerseits England als traditioneller Anhänger des Freihandelsprinzips seine Mitarbeit nicht versagen werde, während auf der anderen Seite die vorhandenen allgemeinen Interessen verhindern würden, daß England seine starke Kolonialstellung zu einer Politik gegen die Mächte ausnutzen könnte. In der Anweisung, die er für Courcel ausarbeitete, schrieb er hoffnungsvoll: „C'est ainsi que j'envisagerais la conférence annoncée. Au lieu d'en faire une machine de guerre contre l'Angleterre, je voudrais y attirer l'Angleterre, l'y lier par ses propres doctrines."[104])

[102]) doc. dipl. V. Nr. 366. T. Courcel an Ferry. Berlin, 15. August 1884.
[103]) s. o. S. 35.
[104]) doc. dipl. V. Nr. 376. „Note de M. Jules Ferry sur la proposition allemande. (Directions données à M. de Courcel.)" Ohne Datum, abgefaßt Ende August 1884.

Das ganze Mißtrauen gegen die eigentlichen Ziele Bismarcks, die er in dem deutschen Vorschlag zu erkennen glaubt, äußert sich in dieser Besprechung. Dabei ging aber der französische Minister noch weiter, indem er der Ueberzeugung Ausdruck verlieh, daß nicht nur England durch diese Politik getroffen werden sollte, sondern daß sie sich in dem Bestreben, die Erzeugnisse des deutschen Handels zu sichern, ebenso gegen Portugal, die Kongogesellschaft und auch gegen Frankreich richtete.

Dabei kann es in der Tat keinem Zweifel unterliegen, daß die Unterstützung, die Bismarck gleich zu Beginn den französischen Bemühungen gegen den englisch-portugiesischen Kongovertrag gewährt hatte, sowie daß dieser nun erfolgte Vorschlag für eine zukünftige Sicherung der Handelsfreiheit neben dem Wunsch Bismarcks, Frankreich in den Kolonialfragen zu unterstützen, der Absicht des deutschen Kanzlers entsprang, weder England, noch Portugal noch Frankreich sich im Innern Afrikas festsetzen zu lassen[105]).

Indem Ferry seine Zustimmung in der von ihm gekennzeichneten Linie gab, mit Deutschland in einen vorläufigen Gedankenaustausch über einige bestimmte Fragen zu treten, legte er gleichzeitig den größten Wert darauf, daß diese deutsch-französische Einigung nicht den Ausdruck für eine neue Richtung in der französischen Politik darstellen möchte, deren Ziel außerdem nur im Gegensatz zu den Mächten erreicht werden könnte[106]).

Die Vorbesprechungen, zu denen es daraufhin zwischen Bismarck und Courcel kam, führten dann in der Tat zu einer Einigung über den Gesichtspunkt, der den Verlauf der bevorstehenden Kongokonferenz in Berlin bestimmen sollte[107]). Die Einladungen, die von Deutschland zu dieser Konferenz ergingen, geschahen unter Hinweis auf die zwischen Frankreich und Deutschland erfolgte Einigung[108]).

---

[105]) s. auch Oncken I. S. 258.

[106]) Kurz vor dem Zusammentritt der Kongokonferenz, als durch die Besprechungen Courcels mit Bismarck die Linie des beiderseitigen Vorgehens bereits festgelegt war, schrieb Ferry an Raindre (Chargé d'affaires in Berlin): Cette entente, d'ailleurs, dans la pensée des deux gouvernements ne devait pas être de telle nature qu'elle pût être interprétée comme une démonstration dirigée contre d'autres Puissances ou comme l'inauguration d'un nouveau système politique." doc. dipl. V. Nr. 446. D. Ferry an Raindre, Paris, 8. November 1884.

[107]) doc. dipl. V. Nr. 412: Projet de Note préparée par M. de Courcel, Ambasasdeur de France à Berlin, en réponse à la note allamande, à Son Altesse Sérénissime le Prince de Bismarck, Chancelier de l'Empire Allemand. Berlin, 30. September 1884. Diese Note schließt mit den Worten: „L'identité des vues se trouvant constatée sur ces différents points entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement impérial de l'Allemagne, M. Jules Ferry m'a chargé de faire savoir à Votre Altesse Sérénissime qu'il était prêt à s'entendre avec Elle pour qu'une invitation soit adressée autres Cabinets interessés dans le commerce d'Afrique, en vue de la réunion d'une Conférence qui serait appelée à se pronocer sur les règles admises de commun accord par la France et par l'Allemagne."

[108]) doc. dipl. V. Nr. 419. T. Jules Ferry aux Représentants diplomatiques de France à Londres, La Haye, Lisbonne, St. Pétersbourg, Stockholm, Rome, Copenhague, Madrid, Bruxelles, Washington, Vienne; Paris, 5. X. 1884.

Mit dieser Einigung ist der äußere Höhepunkt der deutsch-französischen Annäherung, die sich auf die Vertretung einer gleichen Politik in kolonialen Fragen stützte, erreicht. Die Tatsache, daß eine internationale Konferenz gemeinsam von Deutschland und Frankreich einberufen werden konnte, mußte der Oeffentlichkeit, die bereits durch das Zusammengehen der beiden Länder im Widerstand gegen den englisch-portugiesischen Vertrag aufmerksam gemacht worden war, als der Ausdruck einer sehr weitgehenden Uebereinstimmung erscheinen.

Dazu kam, daß Bismarck in diesen Monaten verschiedentlich die Gelegenheit ergriff, um Frankreich in der ägyptischen Frage zu unterstützen und anregte, daß von französischer Seite eine Aegyptenkonferenz nach Paris berufen werde[109]).

Die Bedenken, die von französischer Seite schon seit längerer Zeit in wachsendem Maße und mit immer stärkerer Klarheit gegen die Entwicklung erhoben wurden, die Frankreich in die Richtung einer Unterstützung durch Deutschland geführt hatte, mußten es aber verhindern, daß dieser äußere Erfolg eines bewußten deutsch-französischen Zusammengehens in kolonialen Fragen die Bereitwilligkeit auf Seiten Frankreichs in sich schloß, dieses Ergebnis rückhaltlos anzuerkennen und für die Fortsetzung dieser Politik mit allen Mitteln zu arbeiten.

Wenn die französischen Akten gestattet haben, dies mit ziemlicher Klarheit zu erkennen, so liegt hierin ein sehr wichtiges Ergebnis, das für die Beurteilung der Einstellung Ferrys von ausschlaggebender Bedeutung ist. Dies ist um so mehr hervorzuheben, da unsere Kenntnis von der Politik des französischen Ministerpräsidenten, die bisher noch recht unsicher gewesen ist, zum großen Teil auf den aus Paris stammenden Berichten, die in der „Großen Politik" abgedruckt sind, beruhte.

Wenn Herbert von Bismarck, der auf der Rückkehr von einer Reise nach Schottland über Paris fuhr, durch das Auftreten Ferrys beeindruckt wurde und offenbar von der Wahrheit überzeugt nach Berlin meldete, daß der französische Ministerpräsident nach seinen Aussagen nie den Ausstreuungen Glauben geschenkt hätte, wonach Bismarck Frankreich mit England verfeinden wollte[110]), und wenn Hohenlohe, dessen Äußerungen auch sonst beweisen, daß er sich über die französische Einstellung nie vollkommene Klarheit hat verschaffen können[111]), noch im Januar 1885 zu einer ermutigenden

---

[109]) doc. dipl. V. Nr. 468. T. Courcel an Ferry, Berlin, 27. Nov. 1884. doc. dipl. V. Nr. 475. Lettre, Courcel an Ferry, Berlin, 3. Dez. 1884. doc. dipl. V. Nr. 516. T. Courcel an Ferry, Berlin, 10. Januar 1885. Gr. Pol. III. Nr. 694. Herbert v. Bismarck, z. Z. in Paris an Fürst Bismarck, Paris, 6. Okt. 1884.

[110]) „Bitte, sagen Sie dem Fürst Bismarck" — so erklärte er mit großem Ernst — „daß ich mich durch die Ausstreuungen, als wollten Sie einen französisch-englischen Krieg herbeiführen, nicht habe beeindrucken lassen, der Reichskanzler ist ein viel zu guter und praktischer Politiker, um solche verhängnisvollen Pläne, deren Realisierung sich schließlich seiner Macht und seinem Einfluß entziehen würde, zu verfolgen." (Gr. Pol. III. Nr. 694).

[111]) So hat Hohenlohe am 1. April 1885 über die eingetretenen Ereignisse offenbar höchst erstaunt in sein Tagebuch aufgezeichnet: „Ministerkrise, Sturz Ferrys unerwartet und unmotiviert." (Hohenlohe, II. S. 353).

Aeußerung Ferrys über die Fortdauer der deutsch-französischen Annäherungspolitik schrieb: „Ich glaube, daß Herr Ferry aufrichtig ist, weil er Einsicht genug besitzt, um zu erkennen, daß zur Zeit diese Politik für Frankreich die allein praktische und vorteilhafte ist."[112]) — so sind alle diese Meinungsäußerungen geeignet, ein falsches Bild nicht nur von der Persönlichkeit Ferrys, sondern ganz allgemein von der Einstellung der ausschlaggebenden französischen Kreise zu geben.[113])

Die Aufzeichnungen, die Ferry von dem erwähnten Gespräch mit Herbert von Bismarck machte, zeigen, daß der französische Ministerpräsident entgegen den Mitteilungen, die von des Reichskanzlers Sohn dazu gemacht wurden, an dem Mißtrauen festhielt und auch weiter die Vorstellung behielt, wonach Bismarck einen englisch-französischen Bruch herbeiwünschte.[114])

Gleichzeitig wandte sich gerade in dieser Zeit, da Deutschland und Frankreich in verschiedenen Fragen sich in ihrer Haltung gegen England einig waren, Courcel beschwörend nach Paris, um auf die heftige und unverständliche Sprache der französischen Presse gegen England, die nach Abbruch der Londoner Aegyptenkonferenz eingesetzt hatte, zu verweisen und die Notwendigkeit hervorzuheben, den Gegensatz zu England nicht zum Bruch reifen zu lassen, da Bismarck nur auf die Gelegenheit warte, daß durch diesen Umstand Frankreich gänzlich in die deutschen Arme getrieben werde. Mit Bezug auf Deutschland sprach er dabei die Meinung aus: „S'ils nous tendent les mains, c'est plus pour nous tenir que pour nous aider, et il est dangereux, avec de pareils compagnons, de se fermer les portes de sortie."[115])

Es bleibt an dieser Stelle schließlich auf den Einfluß hinzuweisen, den die Frage des Elsaß auf die Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen genommen hat. Wenn bisher dieses Problem bewußt aus der Darstellung fortgelassen wurde, so geschah das deswegen, weil in den amtlichen Beziehungen beider Länder seine tatsächliche Bedeutung sehr gering war. Die heftigen Äußerungen, die in diesem Augenblick betonter deutsch-französischer Annäherung auf anderen Gebieten im Hinblick auf das Elsaßproblem über Deutschland getan worden sind (s. u.), und die ebenfalls aufschlußreich für die Art sind, in der Frankreich nach Deutschland hinübergeblickt hat, veranlassen aber zu einem kurzen Rückblick auf die Entwicklung, die Elsaß-Lothringen seit seiner Eingliederung in das Deutsche Reich im wesentlichen genommen hat.

---

[112]) Gr. Pol. III. Nr. 698, Hohenlohe an Bismarck, Paris, 27. I. 1885.

[113]) Wienefeld hat sich durch diese und andere Aktenstücke ebenfalls beeindrucken lassen und die deutsch-französischen Beziehungen nicht im richtigen Licht gesehen. vgl. s. Darstellung vom Zusammentreffen Herbert v. Bismarcks m. Barrère in Königstein nach Gr. Pol. III. Nr. 689. 17. Dez. 1884 (Wienefeld. S. 144/45).

[114]) „sa tendance manifeste est de nous pousser en avant en promettant de nous suivre; notre rôle est de l'attendre et de ne pas faire un pas sans le concours assuré de l'Europe."

(Conversation avec le Comte Herbert de Bismarck, doc. dipl. V. Nr. 421. Note de M. Jules Ferry, 6. Okt. 84.)

[115]) doc. dipl. V. Nr. 399. Lettre privée, Courcel an Ferry, Berlin, 15. Dezember 1884.

Die Schwierigkeiten, denen die deutsche Regierung bei Eingliederung von Elsaß-Lothringen in den Reichsverband durch den Widerstand eines großen Teiles der Bevölkerung begegnete, sind im wesentlichen bekannt. Daran änderte auch nichts die Berufung Manteuffels zum Statthalter von Elsaß-Lothringen im Jahre 1879, der sich bemühte, durch Entgegenkommen gerade bei der französisch gesinnten Bevölkerung dem Ziele der Deutschwerdung des Landes einen Schritt näher zu kommen. Saint-Vallier, der damals diese Entwicklung genau verfolgte, hegte Befürchtungen, daß es auf diese Weise Manteuffel allmählich gelingen könnte, die organische Verbindung zwischen dem Reichsland und Deutschland herzustellen.[116])

Es sollte sich aber bald zeigen, daß die nachgiebige Haltung Manteuffels nicht in der Lage war, die französischen Kreise irgendwie für die deutsche Sache zu gewinnen und daß auf der anderen Seite der Statthalter in Gegensatz zu der deutschen Bevölkerung geriet, die dieser Politik kein Verständnis entgegenzubringen vermochte. Aus diesem Grunde wurde eine Umstellung des Vorgehens im Sinne einer schärferen Beaufsichtigung nötig, was die französischen Regierungsstellen verschiedentlich zu unfreundlichen Kommentaren über Deutschland veranlaßte.

Der Grund, daß im Jahre 1884 die elsässischen Dinge von französischer Seite mit besonderer Entrüstung verfolgt wurden, lag in der Verfügung Manteuffels vom August dieses Jahres, wonach zur vollständigen Erfassung der in den eroberten Provinzen wohnenden Bevölkerung für die Militärdienstpflicht der Einbürgerungszwang festgelegt wurde. Diese Bestimmung traf die französischen Einwohner insofern mit ziemlicher Härte, weil dadurch die junge Generation zum Auswandern gezwungen wurde, um auf diese Weise der Militärpflicht im deutschen Heere zu entgehen.[117])

Courcel knüpfte an diese Verfügung folgende Erwägungen: Die Ziele, die Frankreich im Elsaß vor Augen habe, und die französische Abhängigkeit von Deutschland, die eine Verwirklichung dieser Wünsche immer schwerer erscheinen ließ, wurden ihm erneut zur Aufforderung, auf die Notwendigkeit guter Beziehungen Frankreichs zu England hinzuweisen. Indem er die ungünstige Entwicklung in den abgetretenen Gebieten bereits als eine Folge des schlechten englisch-französischen Verhältnisses ansah, schrieb er anläßlich dieser Bestimmung Manteuffels auf das äußerste über Deutschland verbittert: „Son rescrit, qui place plus de quatre mille familles entre la menace de l'expulsion et celle de la naturalisation allemande obligatoire, est tout simplement barbare. Aucun peuple civilisé n'a agi avec cette brutalité, je ne dis pas en Europe, mais même à l'égard des sauvages."[118])

Bei einer solchen grundsätzlichen Haltung aller französischen Stellen, die durch Mißtrauen bestimmt war, und bei einer derart leidenschaftlichen Ablehnung deutscher Politik in Fragen, wo deutsches Interesse unmittelbar gegen französisches stand, ist es nicht

---

[116]) doc. dipl. II. Nr. 427. D. confidentielle, Saint-Vallier an Waddington, Berlin, 25. Mai 1879.

[117]) vgl. doc. dipl. V. Nr. 386. D. Courcel an Ferry, Berlin, 30. Aug. 1884.

[118]) doc. dipl. V. Nr. 399. Lettre privée (Fondation Jules Ferry), Courcel an Ferry, Berlin, 15. Sept. 1884.

verwunderlich, daß der Geist der im November beginnenden Kongokonferenz zunächst nicht die deutsch-französische Einmütigkeit widerspiegelte, die nach der in der Einladung an die Mächte betonten Uebereinstimmung beider Regierungen zu erwarten war.

Die Haltung, die Courcel auf der Berliner Kongokonferenz in sachlicher Hinsicht einnahm, war durch das Bemühen bestimmt, das auszuarbeitende System der Handelsfreiheit nicht zu einer Gefahr für die Interessen Frankreichs in Afrika werden zu lassen.[119])

Gleichzeitig vermied es Courcel aber bewußt, die französische Stellung in vollkommener Anlehnung an die deutsche festzulegen. In einem Privatbrief schrieb er an Ferry: „Vous saurez que je m'efforce autant que possible d'éviter les recours ostensibles aux bons offices de l'Allemagne."[120])

Die Befürchtung Courcels, daß Bismarcks Politik mit einigem Erfolg dahin strebe, in Frankreich allmählich die Erinnerung an den verlorenen Krieg und die damit verbundenen territorialen Veränderungen auszulöschen, die mißtrauische Erwartung, daß der deutsche Kanzler mit dem 1871 erhaltenen Ergebnis sich nicht zufrieden geben werde, veranlaßten Courcel, in Paris auf die Notwendigkeit hinzuweisen, alle französische Politik von einem Gesichtspunkt leiten zu lassen, der trotz der in der letzten Zeit erfolgten Annäherung beider Länder stets die Möglichkeit offen ließ, die im Krieg erlittene Niederlage wieder auszugleichen. In dem erwähnten Brief Courcels an Ferry hieß es an anderer Stelle: „Je crois qu'en fait de démembrements subis, une nation à moins de courir avec indifférence au-devant du sort de la Pologne, ne doit jamais rien pardonner, jamais rien oublier," — „Pacifier le présent, réserver l'avenir, tel est le programme que j'ai toujours eu devant les yeux depuis qu'il a été question entre la France et l'Allemagne de substituer le calcul des intérêts réciproques à la vanité et aux dangers des provocations bruyantes, aussi peu sincères d'un côté que de l'autre."[121])

Diese Haltung Frankreichs konnte Bismarck nicht unbekannt bleiben. Wenn er auch weiterhin die französische Regierung in ihren kolonialen Unternehmungen unterstützte, und wenn er gerade in diesen Monaten das koloniale Vorgehen Deutschlands in Mittelafrika, wohin Nachtigal zur Sicherstellung des deutschen Protektorats über verschiedene Gebiete entsandt worden war, wegen des dort vorhandenen teilweise französischen Interesses wieder etwas einschränkte[122]), so kamen ihm offensichtlich doch Bedenken, die hauptsächlich von der französischen Haltung auf der Kongokonferenz herrührten, die aber auch schon vorher durch das französischerseits geäußerte Mißtrauen wegen der deutschen Haltung auf der Londoner Aegyptenkonferenz hervorgerufen waren. Der französische Botschafter wußte zu berichten, daß Bismarck über Frankreich recht verärgert sei und zu Hatzfeld, Busch und Kusserow geäußert habe, die französische Haltung ließe ihn jetzt bedauern, überhaupt etwas

---

[119]) doc. dipl. V. Nr. 453. D. Courcel an Ferry, 16. XI. 84.

[120]) doc. dipl. V. Nr. 475. Berlin, 3. Dezember 1884 (Mme Abel Ferry.)

[121]) Dieser Brief ist durch die Veröffentlichung von Pagès bekannt geworden; Rapport S. 193. Auch Wienefeld weiß von seinem Vorhandensein. (S. 150).

[122]) vgl. Staatsarchiv, Bd. 43. 1885. Nr. 8277. Varzin, 29. August 1884.

gemeinsam mit Frankreich unternommen zu haben.[123]) Dabei glaubte Courcel, daß während seiner Abwesenheit von Berlin in den Monaten des Sommerurlaubs englische Einflüsse auf die deutsche Politik eingewirkt hätten.[124]) Ferry, der über diese Mitteilung Courcels sehr erstaunt war, erwog bereits die Möglichkeit, ob nicht ein deutsch-englischer Pakt bestehe.[125])

Aber die Gegensätze sowohl Frankreichs als auch Deutschlands zu England bewirkten im weiteren Verlauf der Kongokonferenz schließlich doch eine betonte Annäherung des deutschen und französischen Standpunktes. Man machte sich in Frankreich entgegen früheren Bedenken klar[126]), daß eine deutsche Politik, die die französische Hilfe gegen England benötigte, für Frankreich in geminderter Stärke die Gefahr einer bedrohlichen Abhängigkeit von Deutschland bot, zumal die französischen Stellen der Ueberzeugung waren, daß die englisch-deutsche Spannung von langer Dauer sein werde. Auf diese Weise schien es unmöglich, daß Deutschland ganz plötzlich seine französische Politik ändern könne. Vielmehr glaubte man zu der Hoffnung berechtigt zu sein, daß die deutsche Unterstützung der französischen Kolonialpolitik anhalten werde.

Die gesteigerte Gegensätzlichkeit der englischen und französischen Politik in Aegypten bewirkte ihrerseits, daß man in Frankreich mehr als früher eine deutsche Unterstützung benötigte. Courcel schrieb Ende Dezember 1884 wiederum in einem Privatbrief an Ferry, daß die schlechte Behandlung, die England den französischen Interessen habe zuteil werden lassen, Frankreich dazu zwinge, die Annäherung an Deutschland zu pflegen.[127]) Wenn auch Courcel weiter der festen Ansicht war, daß Bismarcks Ziel auf einen offenen französisch-englischen Bruch hinausgehe, den es für Frankreich aber auf alle Fälle zu vermeiden gelte, so ließ die Überzeugung, daß durch die Verschlechterung der englisch-deutschen Beziehungen Frankreichs Stellung an Bedeutung zugenommen habe, eine Annäherung Deutschlands und Frankreichs erträglich erscheinen, die in einzelnen Fragen auch gegen England sich durchzusetzen hätte.

So kam es, daß der schließliche Verlauf der Kongokonferenz trotz aller gegenseitigen Reserven und trotz allen Mißtrauens zum augenscheinlichsten Beweis einer Annäherung der beiden Länder wurde.[128]) Der Abschluß der Kongoakte am 26. Februar 1885, die im wesentlichen dem entsprach, was sich Frankreich und Deutschland vor Zu-

[123]) doc. dipl. V. Nr. 450. T. Courcel an Ferry, Berlin, 12. November 1884 und doc. dipl. V. Nr. 455. T. Courcel an Ferry, Berlin, 19. November 1884.

[124]) doc. dipl. V. Nr. 483. Lettre particulière, Courcel an Ferry, Berlin, 12. Dezember 1884.

[125]) doc. dipl. V. Nr. 451. T. Ferry an Courcel, Paris, 14. November 1884.

[126]) s. o. S. 37/38.

[127]) doc. dipl. V. Nr. 500. Berlin, 27. Dez. 1884. (Mme Abel Ferry).

[128]) vgl. doc. dipl. V. Nr. 476. Lettre privée (Mme Abel Ferry), Courcel an Ferry, Berlin, 26. November 1884. „Je dois constater que dans les travaux de la Conférence les plénipotentiaires allemands, paraissant obéir à un mot d'ordre, ne se départissent pas de l'allure la plus amicale pour moi, et témoignent par toutes leurs paroles d'un désir manifeste de conserver intact l'accord avec la France; à l'égard de l'Angleterre, au contraire, la froideur est marquée." vgl. auch doc. dipl. V. Nr. 486. Lettre particulière, Courcel an Ferry, Berlin, 14. Dezember 1884.

sammentritt der Konferenz vorgenommen hatten, bedeutete ohne Zweifel einen Erfolg des deutsch-französischen Zusammengehens in kolonialen Fragen. Wenn man in England mit gewisser Berechtigung auch nicht das Gefühl hatte, daß die Konferenz zu einer offnen Niederlage Englands geführt habe[129]), so bedeutete das Zustandekommen der Kongoakte doch einen Sieg der gemeinsamen deutsch-französischen Politik gegenüber der Englands.

Die Vorbereitung der Finanzreglung in Aegypten, die in den gleichen Monaten stattfand, führte sodann zu einer weiteren Betonung des deutsch-französischen Zusammengehens, wobei gleichzeitig wieder der starke deutsch-englische Gegensatz hervorgekehrt wurde. Bismarck unterstützte bei England mit Nachdruck den Gedanken einer Garantie der ägyptischen Finanzreglung durch die Mächte.[130]) Dieser Vorschlag entsprang ganz der französischen Politik, die — wie wir gesehen haben — den Zweck verfolgte, durch Einsatz des Einflusses der Mächte eine Frankreich schädliche Entwicklung der englischen Bestrebungen in Aegypten zu verhindern. Gleichzeitig sollte auf diese Weise vermieden werden, daß die deutsche Politik England und Frankreich durch direktes Gegeneinandersetzen in Konflikt bringe. Die Notwendigkeit, dies unter allen Umständen zu verhindern, spielte gerade jetzt eine große Rolle, als Deutschland sich nach französischer Ansicht stärker denn je auf die französische Aegyptenpolitik eingelassen hatte.

Als schließlich die englische Regierung den französischen Vorschlag in der Frage der Finanzreglung — fast zum Erstaunen Ferrys — mit nur kleinen Veränderungen[131]) annahm, glaubte der französische Ministerpräsident, dieses Ergebnis ganz dem deutschen Einfluß zu verdanken, den Bismarck in dieser Richtung in London geltend gemacht hatte.[132]) Courcel erhielt den Auftrag, in Berlin mit anerkennenden Worten, wie sie in dieser Wärme zwischen Frankreich und Deutschland kaum vorher und nachher gefallen sind, zu danken: „Veuillez faire connaître ce résumé au prince de Bismarck, qui s'applaudira de ce nouveau et éclatant succès de la politique pacifique dont il est en Europe le champion puissant, loyal et résolu."[133])

Der gleichzeitig von Bismarck mit Courcel erörterte Plan einer Zusammenkunft mit Ferry[134]), der durch entsprechende Zeitungsgerüchte aufgetaucht und von Bismarck aufgegriffen war, zeigt, wie

---

[129]) vgl. den Bericht Malets, des englischen Botschafters in Berlin, von der Schlußsitzung der Konferenz am 21. Februar 1885. (St. A. 45, 1886. Nr. 8608).

[130]) vgl. doc. dipl. V. Nr. 507. T. Courcel an Ferry, Berlin, 4. Jan. 1885 und doc. dipl. V. Nr. 520. T. Courcel an Ferry, Berlin, 12. Jan. 1885.

[131]) die allerdings gerade von Barrère, dem diplomatischen Vertreter Frankreichs in Aegypten als sehr bedenklich bezeichnet wurden. doc. dipl. V. Nr. 543. T. Barrère an Ferry, Alexandrien, 26. Januar 1885.

[132]) vgl. doc. dipl. V. Nr. 532. D. Courcel an Ferry, Berlin, 21. Januar 1885. (Dieses Aktenstück enthält die deutsche Note an England in der Frage der ägyptischen Finanzreglung.)

[133]) doc. dipl. V. Nr. 536. T. Jules Ferry an Courcel, Paris, 23. Jan. 1885.

[134]) doc. dipl. V. Nr. 530. D. confidentiel. Courcel an Ferry, Berlin, 20. Januar 1885 und
doc. dipl. V. Nr. 535. Lettre privée (Papiers de Mme Abel Ferry) Courcel an Ferry, Berlin, 22. Jan. 85.

die Bemühungen, die entstandene Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich aufrechtzuerhalten, wenigstens äußerlich auf beiden Seiten zu einem beachtlichen Erfolg geführt hat. Bei der vollkommen veränderten Lage, die das Jahr 1885 mit sich bringen sollte, und die ein solches Zusammentreffen unmöglich machte, braucht dabei kaum etwas ausgesagt zu werden, inwieweit Bismarck damals wirklich die Absicht hatte, mit Ferry zusammenzukommen.

Wenn Bismarck in der Tat im Herbst 1884 Frankreich gegenüber eine gewisse Zurückhaltung und Mißtrauen gezigt hatte[135]), so sah sich der deutsche Kanzler dazu nicht nur aus gewissen Bedenken der französischen Regierung heraus veranlaßt. Vielmehr verfolgte er mit Sorge die Entwicklung, die die französische Volksstimmung nahm, und die mit der Abneigung weiter Kreise gegen die Kolonialpolitik der letzten Jahre zusammenhing.

Die wachsenden Schwierigkeiten, die sich bei der Verfolgung der französischen Ziele in Tonkin herausgestellt hatten, und die ein schnelles Fortschreiten der französischen Politik unmöglich machten, trugen vor allem dazu bei, die Stellung der Regierung Ferry immer schwächer zu gestalten. Bereits im Sommer 1884 schrieb Ferry nach einer Kammerdebatte an seine Frau, daß er den sicheren Eindruck habe, daß die Mehrheit der Abgeordneten ihm in der Tonkinpolitik nicht folge und am liebsten seinen Sturz herbeiwünschte.[136])

Nachdem es einen Augenblick nach Abschluß des Vertrages von Tien-Tsin mit China vom 12. Mai 1884 so geschienen hatte, als ob Frankreich durchgedrungen wäre, stellte sich dann in der Folgezeit die Unmöglichkeit heraus, den Bestimmungen dieses Abkommens eine praktische Folge zu geben, da China sich in keiner Weise daran hielt. Die französische Regierung sah sich daher veranlaßt, in ihrer Politik des militärischen Eingreifens fortzufahren.

Deutschland trat bei diesem Unternehmen weniger als bei der Tunis- und Aegyptenfrage hervor. Immerhin ließ es die französische Regierung wissen, daß es ihrem Vorgehen in Tonkin die volle Zustimmung gebe. Als sich herausstellte, daß China sich nicht an den Vertrag von Tien-Tsin halten wollte, versuchte Bismarck, durch inoffizielle und unauffällige Vermittlung in Berlin der französischen Sache dienlich zu sein. Die französische Regierung, der ein ausgesprochenes Eingreifen Bismarcks nicht angenehm gewesen wäre, zeigte sich mit dieser Unterstützung, von deren Aufrichtigkeit Courcel durchaus überzeugt war, einverstanden. Der französische Botschafter drückte die Meinung aus, daß in der Tat nur Deutschland im Augenblick in der Lage sei, in der chinesischen Angelegenheit eine gewisse Rolle zu spielen.[137])

Im Lauf des Herbstes 1884 nahm sodann der Widerstand der französischen Bevölkerung gegen die Regierung im Zusammenhang mit der Tonkinangelegenheit noch stärker zu, und Bismarck drückte

---

[135]) s. o. S. 43/44.

[136]) Dieser Brief befindet sich in einem der beiden Privatarchive, in denen die Briefe Ferrys niedergelegt sind. Von seinem Vorhandensein hat mir der Herausgeber des 5. Aktenbandes gesprochen.

[137]) doc. dipl. V. Nr. 396. T. Courcel an Ferry, Berlin, 14. September 1884 und doc. dipl. V. Nr. 399, Lettre privée, Courcel an Ferry, Berlin, 15. Sept. 1884.

dem französischen Botschafter wiederholt aus, wie es ihm auf diese Weise schwer gemacht werde, der französischen Regierung weiter bedenkenlos entgegenzukommen, da in Frankreich ein Umsturz jeden Augenblick möglich wäre.[138])

In einem großen Teil der französischen Presse trat in diesen Monaten immer stärker die Forderung auf, daß Frankreich von Kolonialunternehmen Abstand nehmen und sich auf seine kontinentalen Aufgaben besinnen müßte. Diese Forderung gewann an Bedeutung, als russisch-englische Schwierigkeiten den Gedanken an eine möglicherweise bevorstehende Auseinandersetzung dieser beiden Mächte aufkommen ließ.

Für diese Einstellung bezeichnend ist ein Leitartikel, der Anfang September 1884 in der „Justice" mit der Ueberschrift „L'Alsace et la Chine" erschien, und der in dieser Formulierung bereits die Verbindung erkennen ließ, mit der die Gegner der Kolonialpolitik auf die kontinentalen Aufgaben Frankreichs hinwiesen.[139]) Dieser Artikel ist deswegen von besonderem Interesse, weil er die antideutsche Stimmung auszunutzen suchte, die in Frankreich nach Bekanntwerden der Bestimmung Manteuffels über die Durchführung der Militärdienstpflicht im Elsaß sich verbreitet hatte.

In diese Stimmung hinein kamen im Frühjahr 1885 die ersten Meldungen von Schwierigkeiten der französischen Truppen im Tonkin, die zwar alle nicht von ausschlaggebender Bedeutung für das Schicksal des französischen Unternehmens waren, die aber von großer Wichtigkeit durch die moralische Wirkung wurden, die sie in Frankreich ausübten.[140]) Die Verhandlungen, die Frankreich zur selben Zeit mit China durch die Vermittlung des englischen Generalzollinspektors in China, Sir Robert Hart, führte, waren durchaus in gutem Fluß — und führten schließlich im Juni 1885 auch zum Abschluß, der Frankreich den dominierenden Einfluß in Tonkin sicherte —, als sich in der französischen Kammer Ende März 1885 die bekannten Ereignisse abspielten, die den Sturz Ferrys herbeiführten. Der französische Ministerpräsident hatte sich durch die Ereignisse in China veranlaßt gesehen, in der Kammer die Bewilligung eines größeren Kredits für die Durchführung des Tonkinunternehmens zu beantragen. Während der Beratungen, die darüber geführt wurden, und die bereits im Geist größter Spannung vor sich gingen, langte in Paris die übertriebene Meldung von einer schweren französischen Niederlage an der chinesischen Grenze an, die die Opposition unter Führung Clemenceaus so verstärkte, daß Ferry bei einem Abstimmungsergebnis von 149 : 306 Stimmen abtreten mußte.

Die Stimmung war in diesem Augenblick so allgemein in der Kammer und in der Bevölkerung gegen diesen Mann, dem man den Vorwurf machte, deutsche Politik getrieben zu haben, daß er das Abgeordnetenhaus durch eine Hintertür verlassen mußte, da die

[138]) doc. dipl. V. Nr. 467. Lettre privé (Mme Abel Ferry) Courcel an Ferry, Berlin, 26. Nov. 1884.
vgl. auch doc. dipl. V. Nr. 471.
[139]) La Justice, 2. September 1884.
[140]) vgl. doc. dipl. V. Nr. 635. T. Jules Ferry an Patenôtre (Gesandter in Peking), Paris, 27. März 1885.

Massen vor dem Parlament eine immer bedrohlichere Haltung einnahmen.[141])

Mit dem Sturz Ferrys ist die Darstellung dieses Zeitabschnittes, der durch die Vorbereitung und Durchführung der Unterstützung einer französischen Kolonialpolitik durch Bismarck gekennzeichnet war, an ihr Ziel gekommen. Eine neue Entwicklung in ganz anderer Richtung setzte ein, in deren Mitte die Gestalt des General Boulanger stand. Der Gedanke des Revanchekriegs rückte wieder in den Vordergrund und fand seinen literarischen Ausdruck in der Erscheinung von Paul Déroulède.

Der Wandel, der in den deutsch-französischen Beziehungen eintrat, war aber nicht das einzige Ereignis, das für die gesamte Lage in Europa zu Beginn des Jahres 1885 von Bedeutung wurde. Wenn bereits auf die zunehmende russisch-englische Spannung hingewiesen wurde, so mag das hier unberücksichtigt bleiben. Mit dieser Entwicklung hing aber auch die Besserung in den englisch-deutschen Beziehungen zusammen, auf die man in Frankreich noch während der Amtstätigkeit des Kabinetts Ferry aufmerksam geworden war.[142]) Diese Entwicklung ließ in Frankreich den Verdacht aufsteigen, daß Bismarcks Aegyptenpolitik ausschließlich von dem Zweck bestimmt war, im rein deutschen Interesse einen Druck auf England auszuüben. Dabei hätte er sich Frankreichs bedient, das durch die Gewißheit eines Rückhalts bei Deutschland veranlaßt worden sei, sein Vorgehen dementsprechend aktiv einzustellen. Der Glaube, daß Bismarck nun nach dem Erfolg seiner englischen Politik seine Unterstützung von Frankreich zurückziehe und es in seinem Gegensatz gegen England allein lasse,[143]) mag mitgewirkt haben, den Wunsch nach vorläufigem Abschluß einer französischen Kolonialpolitik dringlicher zu gestalten.

Wenn man hier am Abschluß einer Entwicklung auf die Jahre zurückblickt, die durch die Einleitung einer französischen Kolonialpolitik bestimmt waren, und sich dabei erneut die Frage vorlegt, inwieweit die Absicht Bismarcks von Erfolg begleitet war, Frankreich durch Beschäftigung auf den von Deutschland abgelegenen Gebieten von dem Verlangen nach Revanche fern zu halten, so kann an dieser Stelle nur wiederholt werden, daß die Berechtigung der Politik Bismarcks sich durch die eingetretene Entwicklung in keiner Weise widerlegen läßt. Es soll dabei nicht geleugnet werden, daß diese Jahre des Bemühens um einen Ausgleich von Frankreich schließlich mit erneuten Haßausbrüchen beantwortet sind. Die Darstellung hat schon gezeigt, wie die Vorstellung weiter französischer Kreise, die bei Bismarck einen guten Willen in seiner Frankreichpolitik nicht anzunehmen vermochten, durch den scheinbaren Mißerfolg der fran-

[141]) Wie gefährlich die Lage war, wie groß also die allgemeine Verbitterung war, geht daraus hervor, daß man es nach diesen Ereignissen für nötig hielt, die Umzäunung des Palais Bourbon mit schweren Stacheldrahtgittern zu versehen.

[142]) doc. dipl. V. Nr. 616. Ferry an Courcel, Paris, 7. III. 1885.

[143]) vgl. doc. dipl. V. Nr. 615. Très confidentiel, Waddington an Ferry, London, 6. März 1885.

zösischen Kolonialpolitik zur fast allgemeinen Ueberzeugung wurde. Die französischen Niederlagen in Aegypten und Tonkin schienen der Beweis zu sein, daß die Politik des deutschen Kanzlers bei der Unterstützung des französischen Strebens nach kolonialen Unternehmen von der Absicht bestimmt worden sei, Frankreich auf diese Weise dauernd zu schwächen, indem er die französische Regierung zu einem Vorgehen veranlaßte, das den geschwächten französischen Staat in schwerste Gefahr bringen mußte.

Wenn auch im Jahre 1885 die französische Kolonialpolitik eine schwere Krise durchlaufen hat, so haben aber die Jahre vorher doch genügt, um den Grundstein zu dem heutigen französischen Kolonialreich zu legen, das sich in den Vorkriegsjahren immer weiter ausgedehnt hat und Frankreichs Interessen zu einem Teil tatsächlich in eine Richtung gebracht hat, die nur wenig die Gefahr eines Angriffs Frankreichs auf Deutschland mit sich führen konnte.

In diesem Sinne hat also die Politik Bismarcks in vieler Hinsicht durchaus die Früchte getragen, die sie nach der Absicht des deutschen Kanzlers bringen sollte. Die Vorwürfe, die gegen Bismarcks Politik erhoben worden sind, und die hauptsächlich durch den Weltkrieg begründet schienen, können aber am wenigsten Bismarck selbst treffen. Wenn sie in irgend einer Form gerechtfertigt sind, so vermögen sie sich nur gegen die deutsche Politik nach 1890 zu richten, die nicht imstande war, Frankreich durch die außenpolitische Spannung, die zur Zeit Bismarcks durch den bewußt aufrechterhaltenen französisch-englischen Gegensatz auf kolonialem Gebiet gegeben war, in den Zustand einer gewissen Zurückhaltung gegenüber Deutschland zu zwingen. Erst die Entente Cordiale vom Jahre 1904 hat die Voraussetzungen geschaffen, durch die Frankreich in der Lage war, seine in den Kolonien erworbenen Kräfte erfolgreich gegen Deutschland einzusetzen.

Literaturnachweis.

I. Quellen:

Frankreich:

„Occupation et libération du territoire", Correspondances, 2 Bände, 1903.

Les documents diplomatiques français 1871—1914, 1re série: 1871 bis 1900, Band 1—5 (1929—1933).

Deutschland:

Das Staatsarchiv, Band 27/46, 1875—1885.

Die Große Politik der Europäischen Kabinette, Band 1—6, Die Bismarckepoche. (1922).

England: s. Memoirenliteratur.

II. Memoiren und darstellende Werke:

v. Bismarck, Otto: Gedanken und Erinnerungen, Band 1 und 2 (1913).

—, Die Gesammelten Werke, 2. Auflage, hrsg. v. E. Brandenburg, Kehr, Lenz, Marcks, Meinecke, Oncken. 12 Bände. 1924/32.

de Blowitz, Henry Stephan: My Memoirs, London, 1903.

Bourgeois et Pagès: Les origines et les responsabilités de la grande guerre. 1922.

de Broglie, Duc Albert: La mission de M. de Gontaut-Biron à Berlin. Paris, 1896.

Buckle, G. E.: The Life of Benjamin Disraeli, Earl of Beaconsfield, London 1913/20, Band VI.

—, The Letters of Queen Victoria, second series (1926/28, London), Band 2 und 3.

Busch, Moritz: Tagebuchblätter, 3 Bände, Leipzig, 1899.

Cecil, Gwendolen: Life of Robert Marquis of Salisbury, Band 2, 1924.

Crispi, Francesco: Memoiren ed. von Palamenghi-Crispi, deutsch von M. Wichmann, Berlin, 1912.

Daudet, E.: La mission du baron de Courcel, Paris 1919.

Dechamps, Adolphe: Le prince de Bismarck et l'entrevue des trois empereurs, Paris, 1873.

Deschanel, Paul: Gambetta, Paris, 1919.

Donner, Hermann: Die Vorgeschichte des Weltkrieges, 1927.

Dreux: L'ambassade en Allemagne de M. de Gontaut-Biron, 1874—1877 (1907).

v. Eckardt, Julius: Lebenserinnerungen, Leipzig, 1910.

Egelhaaf: Geschichte der neuesten Zeit vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart. (1924), 9. Auflage.

Favre, Jules: Gouvernement de la défense nationale, 2 Bde., Paris, 1875.

Fitzmaurice, Lord: The Life of Earl Granville. London, 1906.

Ferry, Jules: Discours, Band V (hrsg. von Robiquet), 1897.

—, Lettres, Paris, 1914.

—, Le Tonkin et la mère patrie, Paris, 1890.

Freycinet, Charles: Souvenirs 1848/93, 2 Bände, Paris, 1913/14.

de Gabriac, Joseph Jules: Souvenirs diplomatiques de Russie et d'Allemagne, 1870/72. (Paris, 1896.)

Galli, Henri: Gambetta et l'Alsace-Lorraine, Paris 1911.

Gavard, Charles: Un diplomate à Londres 1871/77, Paris, 1895.

„Die Gegenwart": Das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich (Die Gegenwart, 15. Mai 1875, Bd. VII, Nr. 20).

De Gontaut-Biron: Mon ambassade en Allemagne, 1872/73 (1908).

Haas, Joseph: Frankreich. Heidelberg, 1910.

Hachenberger: Bismarck und Elsaß-Lothringen, Diss. Jena 1932.

v. Hagen: Bismarcks Kolonialpolitik, 1923.

Hanotaux: Histoire de la France contemporaine (1903/1908).

Hartung, Fritz: Deutsche Geschichte vom Frankfurter Frieden bis zum Vertrag von Versailles. Bonn 1930.
Hasenclever, Adolf: Geschichte Aegyptens im XIX. Jahrhundert, Halle, 1917.
D'Haucour: La troisième République française. 1893.
Heckel, Johannes: Die Beilegung des Kulturkampfes in Preußen (Zeitschr. d. Sav.-Stift. Kanon. Abt. 19, 1930).
Helms: Der Botschafter L. v. Schweinitz und seine politische Gedankenwelt, Breslau, Diss. 1933.
Herzfeld: Deutschland und das geschlagene Frankreich. 1871—73. 1924.
—, Die deutsch-französische Kriegsgefahr von 1875. Berlin, 1922.
Heyderhoff, J. und Wentzcke, P.: Eine politische Briefsammlung, 2 Bände, 1925/26.
Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig zu: Denkwürdigkeiten, Leipzig und Stuttgart 1906. 2 Bände.
Hohlfeld: Geschichte des Deutschen Reichs 1871/1924 (1928).
Holborn, Hajo: Bismarck und Schuwalow, H. Z. 130, 1924.
Japikse, N.: Europa und Bismarcks Friedenspolitik (1927).
Klingenfuß: Beust und Andrassy und die Kriegsgefahr von 1875. A. P. G. 1926. (Nr. 7.)
Koerlin, Kurt: Zur Vorgeschichte des russisch-französischen Bündnisses 1879/90. (Hallische Forschungen, Heft IV.)
Kohl: Bismarcks politische Reden, Bd. V. (1893.)
Kühn: Der Nationalismus im Leben der 3. Republik. (1920.)
Lajusan, A.: L'alerte diplomatique du printemps 1875, R. H. M. 1926.
Langer, William C.: The European Powers and the French Occupation 1878/81, A. H. R. 1926.
—, European Alliances and Alignments New York, 1931.
Lavisse: Histoire de la France contemporaine, Bd. VIII. (1875—1914) hrsg. v. Seignobos. 1921.
Lee: King Edward VII. 1925/27, 2 Bde.
Lenz, Max: Deutschland im Kreis der Großmächte. (Berlin, 1925.)
Loftus, Lord Augustus: Diplomatic Reminiscenses. 1894.
Lucius v. Ballhausen, Robert: Bismarckerinnerungen (Stuttgart und Berlin, 1920).
Marcks, Erich: Bismarck. Berlin, 1924.
Michon: Clemenceau, Paris 1931.
Morley, John: Life of Gladstone, Bd. 2. 1922.
Newton, Lord: Lord Lyons. London, 1913.
Noack, Ulrich: Bismarcks Friedenspolitik und das Problem des deutschen Machtverfalls. Leipzig 1928.
Nordau, Max: Französische Staatsmänner. Ullstein 1916.
Oncken, Hermann: Das alte und das neue Mitteleuropa, 1917.
—, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges, 2 Bde, 1933.
Platzhoff: Bismarcks Bündnispolitik seit 1871.
Plehn, Hans: Bismarcks auswärtige Politik nach der Reichsgründung. München, Berlin, 1920.
Rachfahl: Deutschland und die Weltpolitik 1871—1914. Band I: Die bismarcksche Aera. 1923.
v. Radowitz, Joseph Maria: Aufzeichnungen und Erinnerungen aus dem Leben des Botschafters, hrsg. v. Hajo Holborn, 2 Bde, Berlin 1925.
Rapport fait au nom de la Commision d'enquête sur les faits de la guerre, zusammengestellt v. Bourgeois und Pagès, Senat 1919.
Rawlinson: England and Russia in the East. (1875.)
Reinach, Joseph: La vie politique de Gambetta (1918).
Roberts: History of the French Colonial Policy. 2 Bde. 1929.
Roepke: Von Gambetta bis Clemenceau (1929).
Rosen: Die Stellungnahme Bismarcks zur Frage der Staatsform in Frankreich, 1871—90. (1924.)

Rothfels: Bismarcks englische Bündnispolitik, 1922.
Salomon: Die Grundzüge der auswärtigen Politik Englands. Berlin, 1910.
Saß: Die deutschen Weißbücher zur auswärtigen Politik, 1870—1914. 1928.
Schmitt, Franz Xaver: Bismarcks Abkehr vom Kulturkampf. Diss. Tübingen, 1931.
v. Schoch: Der Kriegslärm von 1875. (Deutsche Rundschau, 1922.)
v. Schweinitz, General: Denkwürdigkeiten des Botschafters, Berlin, 1927.
Thiers, Adolphe: Notes et souvenirs 1870/73 (Paris, 1904).
Valentin, V.: Bismarcks Außenpolitik. 1922.
Wahl: Deutsche Geschichte. 1926.
—, Vom Bismarck der siebziger Jahre. 1920.
—, Der Kulturkampf und die auswärtige Politik (Forschungen und Fortschritte, VI, 1930).
v. Waldersee, Graf: Denkwürdigkeiten. 3 Bde, hrsg. v. H. O. Meißner, Berlin, 1925.
Wentzcke: Die Rheinpolitik der dritten französischen Republik. (A. P. G. 1. 1923.)
—, Die Kriegsgefahr von 1875 (Köln. Zeitung, 27./28. Okt. 1922, Nr. 751—54).
Wemyss: Memoirs and Letters of Sir Robert Morier (London, 1911).
Wertheimer: Andrassy, 2 Bde, 1910—13.
—, Unveröffentlichte Briefe Erzherzogs Albrecht an Franz Joseph. D. R. 46, 1921.
Wienefeld: Franco-German Relations, 1878—1885, Baltimore, 1929.
Windelband, Wolfgang: Die auswärtige Politik der Großmächte 1494 bis 1919. (1922.)
Ziekursch: Politische Geschichte des neuen Kaiserreichs (1927).
Zapp: Deutsch-französische Annäherungsversuche, Leipzig, 1929, Diss.

III. Durchgesehene Zeitungen:

Norddeutsche Allgemeine Zeitung,
Die Berliner Post,
Kölnische Zeitung,
Le Temps,
Journal des Débats,
Figaro,
La République Française,
La Justice.

Lebenslauf.

Am 22. Mai 1911 wurde ich als Sohn des Studienrates Dr. Ernst Foß und seiner Gemahlin Marie geb. Löber in Berlin-Steglitz geboren. Ich besuchte die dortige Oberrealschule mit Reformrealgymnasium. Ostern 1929 legte ich die Reifeprüfung ab. Darauf widmete ich mich an den Universitäten Berlin, Marburg und Paris dem Studium der Geschichte, des Französischen und der Religionswissenschaften. Im S.S. 1930 bestand ich in Marburg die Ergänzungsprüfung im Griechischen. Im W.S. 1932 ließ ich mir in Berlin das Thema für meine Doktorarbeit geben. Die mündliche Prüfung legte ich am 19. Juli 1934 ab.

Meine akademischen Lehrer waren in Berlin die Professoren H a r t u n g, Windelband, Oncken, Caspar †, Holtzmann, Wechssler, Gamillscheg, Spranger, Köhler und in Marburg Mommsen, Stengel, von Premerstein †, Freiherr von Soden.